

# KOMMUNALWAHL- PROGRAMM 2016 FÜR HANNOVER

Am 11.9.2016  
Alle Stimmen  
für die CDU!



**CDU** HANNOVER

*Gemeinsam.Stadt.Gestalten.*

**Beschlossen auf dem CDU-Kreisparteitag am 8. August 2016**

**Verantwortlich:  
CDU-Kreisverband Hannover-Stadt  
Walderseestraße 21  
30177 Hannover  
Telefon: +49 511 397870  
Telefax: + 49 511 3978760  
Internet: [www.cdu-hannover-stadt.de](http://www.cdu-hannover-stadt.de)**

# Kommunalwahlprogramm 2016

## Gemeinsam.Stadt.Gestalten.

Liebe Hannoveranerinnen und Hannoveraner,

am 11. September 2016 findet in Hannover die Kommunalwahl statt. An diesem Tag können Sie die Weichen für die kommenden fünf Jahre stellen. Diese Wahl ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft unserer Heimatstadt. Es wird entschieden, ob und wie sich Hannover als wachsende Metropole entwickeln wird und ob unser Hannover weiterhin lebenswert bleibt. Sie können entscheiden, ob und wie Projekte weitergeführt werden und ob es endlich zu einer erfolgreicherer Politik als in der Vergangenheit kommen wird.

Hannover steht dabei vor großen Herausforderungen. Entgegen vielen anderen Regionen in Deutschland wächst unsere Stadt. Immer mehr Menschen wünschen sich, nicht nur hier zu arbeiten, sondern auch ihren Lebensmittelpunkt in unserer schönen Stadt zu finden. Deshalb müssen wir gemeinsam die richtigen Antworten finden, wie wir die Wirtschaft weiter stärken, Arbeitsplätze sichern und hinzugewinnen, die nötige Infrastruktur erhalten und ausbauen können, den Menschen bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, ohne dabei die falschen Anreize zu setzen oder die gewachsene Struktur der Stadt zu zerstören, und dabei die Stadt gleichzeitig sozial, sicher und lebenswert für Jung und Alt erhalten können. Keine andere Wahl als die Kommunalwahl 2016 hat einen größeren Einfluss auf die Entwicklung der hannoverschen Stadtteile und die Lebensqualität der gesamten Stadt.

Für alle hannoverschen Bürgerinnen und Bürger gibt es daher einen guten und wichtigen Grund, zur Wahl zu gehen! Am 11. September 2016 geht es um Sie persönlich!

Die CDU Hannover steht für ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Wir wollen eine weltoffene und tolerante Stadt, in der es gleichzeitig klare Regeln für das Zusammenleben geben muss, an die sich alle zu halten haben.

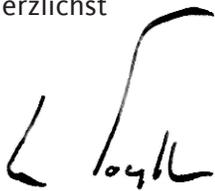
Dazu gehören eindeutig das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Gleichberechtigung, die Religionsfreiheit aber vor allem auch die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Wer Gewalt, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus als Mittel der Politik betrachtet, hat keinen Platz in dieser Stadt.

Wer als Zuwanderer die Regeln unseres Zusammenlebens nicht akzeptieren will, kann nicht in unserem Land bleiben. Hannover muss endlich ein erfolgreiches Beispiel einer internationalen Stadt werden, in der Integration aktiv gelebt wird. Hannover als Kern der Region Hannover gehört noch zu den wachsenden Metropolen Europas. Mit dem vorliegenden Wahlprogramm wollen wir Ihnen zeigen, dass wir in Zukunft die führende und treibende politische Kraft in Hannover werden wollen, damit sich eine erfolgreiche Entwicklung unserer Stadt vollziehen kann. Überzeugen Sie sich davon, dass wir für die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft die richtigen Antworten haben. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Hannover noch lebenswerter wird.

Zur Verwirklichung unserer Ziele brauchen wir Ihre Unterstützung! Deshalb bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme!

**Wählen Sie am 11. September 2016 die CDU – für unser Hannover!**

Herzlichst

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Dirk Toepffer', with a large, sweeping flourish above the name.

Dirk Toepffer MdL

Vorsitzender der CDU Hannover

# Inhalt

1.	Sicherheit und Sauberkeit: Sicherheit stärken – dringend notwendig!	6
2.	Familienpolitik als Standortfaktor:	10
3.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Gleichstellung praktisch durchsetzen!	11
4.	Kinder- und Jugendpolitik: Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche!	12
5.	Seniorenpolitik: Für ein Miteinander der Generationen!	14
6.	Sozialpolitik: Solidarität der Stadtgesellschaft – aus sozialer Verantwortung für Hannover	14
7.	Schule und Bildung: Breites Bildungsangebot – Chancen für alle!	21
8.	Migrationspolitik: Hannover ist Heimat!	25
9.	Wirtschaft: Motor der Zukunft!	26
10.	Verkehrspolitik: Bewegungsfreiheit für alle!	32
11.	Umweltschutz: Natürlich für Hannover!	35
12.	Stadtentwicklung: Hannover – Eine Stadt mit Zukunft!	37
13.	Kultur: Tradition und Moderne verbinden	41
14.	Haushalt und Finanzen: Solide Finanzpolitik sichert Hannovers Zukunft!	46
15.	Sport: Hannover bewegen!	47
16.	Bürgernahe Verwaltung: Guter Service!	48
17.	Bezirksräte: Starke Politik vor Ort!	49

# 1. Sicherheit und Sauberkeit:

## Sicherheit stärken – dringend notwendig!

In den letzten Jahren haben das subjektive Sicherheitsgefühl und die objektive Sicherheit in unserer Stadt abgenommen. Indikatoren hierfür sind Gespräche mit Bürgern, welche ihr subjektives Sicherheitsgefühl mitteilen und die objektive Kriminalitätsstatistik der Polizeidirektion Hannover, welche räumlich der Region Hannover entspricht. Auch wenn die Polizeidirektion Hannover von einer „erfreulichen Entwicklung“ spricht, so sprechen die Zahlen eine andere Sprache:

- Insgesamt stiegen die Straftaten von 106.489 (2011) auf 121.119 (2015), ein Plus von knapp 12 Prozent.
- Hier sind auch Delikte wie das Erschleichen von Leistungen, Ladendiebstahl oder Verstöße gegen das Asylgesetz umfasst, die nur einen geringen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der Bürger haben, aber dennoch Straftaten darstellen und nicht bagatellisiert werden dürfen.
- Für das Sicherheitsempfinden der Bürger sind insbesondere Wohnungseinbrüche relevant. Hier sind 2015 2.957 Delikte zu verzeichnen, ein Plus von knapp 31 Prozent zu 2011 (1.976 Delikte). Im diesem Zeitraum wurden 2013 die meisten Delikte verübt (3.606), ein Plus von 45 Prozent zu 2011.

Dies verdeutlicht, dass es sich nicht um ein subjektiv empfundenes Sicherheitsproblem handelt, in unserer Stadt besteht ein objektives Sicherheitsproblem.

Insbesondere das hohe Aufkommen an Wohnungseinbrüchen in Hannover beunruhigt die Bevölkerung. Der Schutz des Eigentums ist ein wichtiger Grundsatz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und daher verdient die effektive Verfolgung von Wohnungseinbrüchen mehr Aufmerksamkeit durch die Behörden.

Die CDU Hannover fordert eine stärkere Polizeipräsenz in den Wohngebieten, um die Aufklärungsquote zu steigern und Täter abzuschrecken. Weiterhin sollte auch über Pilotprojekte hinaus auf die aus den USA bekannten Softwarelösungen namens „Predictive Policing“ zur Vorhersage von Straftaten gesetzt werden.

Darüber hinaus setzt sich die CDU Hannover dafür ein, dass die Kriminalitätsstatistik zukünftig auch nach Stadtteilen aufgeschlüsselt veröffentlicht wird. Auf diesem Weg ist gewährleistet, dass Kriminalitätsschwerpunkte bekannt werden und eine Gefährdungsanalyse sowie eine wirksame Prävention durch die verschiedenen Akteure in den Stadtteilen erfolgen können.

Um das Sicherheitsgefühl wieder herzustellen und objektiv die Kriminalität zu reduzieren, ist aber auch eine deutlich sichtbare Steigerung der Präsenz unserer Sicherheits- und Ordnungsbehörden erforderlich, um so aktiv Straftaten und Ordnungswidrigkeiten vorzubeugen und/oder zu sanktionieren. Meist wird hier die Polizei als allein zuständig dargestellt, was faktisch falsch ist. Gefahrenabwehr ist nach dem Gefahrenabwehrrecht vorrangig eine kommunale Aufgabe, die unsere Stadt als Verwaltungsbehörde zu leisten hat.

## **Gefahrenabwehr von Ordnungswidrigkeiten als kommunale Aufgabe**

In Hannover ist der Sachbereich „Sonstige Ordnungswidrigkeiten“ lediglich an Wochentagen, teilweise sogar nur bis 13.00 Uhr erreichbar. In seine Zuständigkeit fällt die Ahndung von Verstößen, wie Ruhestörungen zur Nachtzeit, Behinderungen des fließenden Verkehrs durch verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge oder freilaufende Hunde in Grünanlagen.

Diese Aufgaben scheinen - vor allem angesichts der mangelnden Erreichbarkeiten des Sachbereiches - in den meisten Fällen nahezu kategorisch und wie selbstverständlich der lediglich zweitrangig zuständigen Polizei aufgebürdet zu werden. Diese nimmt im Gegensatz zur Stadt ihre Verantwortung wahr und ist „rund um die Uhr“ erreichbar. Das mitunter gezielte Verweisen der Stadt auf die Polizei, auch innerhalb der Erreichbarkeiten, zeigt deutlich, dass die Stadtverwaltung diese gesetzliche Aufgabe nur unzureichend wahrnimmt und in Teilen sogar verweigert.

## **Entlastung der Polizei durch Wahrnehmung der Aufgaben**

Die Polizei in Hannover ist durch die zwangsweise Wahrnehmung dieser zusätzlichen Aufgaben unnötig gebunden und kann ihren eigentlichen Aufgaben daher nur eingeschränkt nachkommen. Diese eingeschränkte Präsenz in der Fläche ist sicherlich nicht der einzige Grund für den Anstieg von bspw. Wohnungseinbrüchen sowie der fallenden Aufklärungsquote, kann jedoch als ein wesentlicher Aspekt nicht außer Acht gelassen werden. Im Ergebnis handelt unsere Polizei weitestgehend reaktiv und ist nicht mehr in der Lage schlicht hoheitlich, bspw. durch Bestreifung, zu handeln. Soweit die Stadtverwaltung ihre Aufgaben erfüllen würde, könnte die Polizei wieder stärker Präsenz zeigen und sich damit aktiv auf ihre ureigenen Aufgaben konzentrieren.

Konkret muss der Fachbereich „Öffentliche Ordnung“ personell verstärkt werden, beispielsweise durch Umschichtung des bestehenden Personals der Stadtverwaltung oder Übernahme der Auszubildenden. Flexible Einsatzteams müssen eingerichtet und ausgebildet werden, um an Schwerpunkten, wie Fußgängerzonen, öffentlichen Parks und bei Veranstaltungen, nach dem Gefahrenabwehrrecht Präsenz zu zeigen. Eine Erreichbarkeit des Fachbereiches muss vor diesem Hintergrund durch Einrichtung und intensive Bewerbung einer ständig besetzten Leitstelle des Ordnungsamtes hergestellt werden. Diese würde Bürgermeldungen, für welche sie primär zuständig ist, von der Leitstelle der Polizei übernehmen und die Einsatzteams koordinieren, um so die Polizei zu entlasten.

## **Bisherige Forderungen der CDU Hannover zur Intensivierung des Ordnungsamtes**

Die CDU Hannover forderte bereits 2012 die Einführung einer sog. Stadtpolizei, nach dem Vorbild anderer Großstädte, wie beispielsweise Frankfurt/Main, um Ordnungswidrigkeiten intensiver zu unterbinden. Dies lehnte die Stadtverwaltung zwar ab, richtete Anfang 2013 jedoch die „Sicherheitsstreife Limmerstraße“, durch einen privaten Sicherheitsdienst ein. Diesen durch die CDU initiierten Ansatz gilt es auszubauen. Zur Unterscheidung von Polizei und Ordnungsamt halten wir am Begriff Ordnungsamt fest. Weiterhin gehört diese hoheitliche Aufgabe nicht in die Hände privater Sicherheitsdienste, welche wirtschaftlich denken, sondern in die Zuständigkeit der Bediensteten des Ordnungsamtes. Diese

müssen gut ausgebildet, ausgerüstet und im gesamten Stadtgebiet eingesetzt werden, um für Ordnung sorgen. Eine intensive Zusammenarbeit mit der Polizei ist hier unerlässlich, welche soweit erforderlich, unterstützend tätig wird.

### **Land stärker in die Pflicht nehmen**

Neben dieser Aufgaben, welche die Stadt wahrzunehmen hat und für welche sie primär zuständig ist, muss die Stadtverwaltung vom Land Niedersachsen noch stärker Investitionen in die Sicherheitsinfrastruktur der Landeshauptstadt Hannover einfordern. Auch wenn dies grundsätzlich landespolitische Themen sind, so ist beispielsweise der desolate Zustand des Gebäudes der Polizeiinspektion Mitte in der Herschelstrasse oder die Personalstärke der Polizeikommissariate und -stationen in unseren Stadtbezirken so konkret und kommunalbezogen, dass diese und weitere Probleme lediglich abstrakt auf Landesebene thematisiert werden. Die Stadt muss hier noch stärker mit dem Land in einen Dialog treten und auf Veränderungen drängen.

### **Sauberkeit besser koordinieren**

Sauberkeit ist für das Lebensgefühl in einer Stadt in allen Stadtteilen, nicht nur in der Innenstadt von wesentlicher Bedeutung. Hierfür ist zunächst jeder selbst verantwortlich. Verbunden mit der stärkeren Präsenz des Ordnungsamtes und damit verbundenen Sanktionen von Verschmutzungen und Feststellung dieser durch das Ordnungsamt, muss die Stadt, durch die Stadtreinigung „aha“ ihre Anstrengungen gegen die Verschmutzung von Straßen, Plätzen und Grünanlagen weiter intensivieren und besser koordinieren. Hierfür muss die Nutzung der Größe angemessener und regelmäßig, insbesondere im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen, zu leerender Abfallbehälter einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Hierfür erscheint ausdrücklich die Einrichtung und Bewerbung einer Hotline bei Verschmutzungen, an welche sich Bürger aber auch die regelmäßig Präsenz zeigenden Beschäftigten des Ordnungsamtes wenden können als geeignetes Mittel. Kleine Verschmutzungen können ggf. durch das Ordnungsamt, größere Verschmutzungen durch aha, dann unverzüglich und nicht erst im Rahmen der regelmäßigen Reinigung, entfernt werden.

### **Prävention von Kriminalität und Verschmutzung durch intelligente Stadtgestaltung**

Neben den genannten personellen und strukturellen Veränderungen müssen wir noch stärker auf eine intelligente Stadtgestaltung setzen, um Kriminalität und Verschmutzung vorzubeugen. Hierdurch können bspw. durch eine bessere Beleuchtung oder ein effektives Sozialmanagement, Verschmutzung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, aber auch Diebstählen, Wohnungseinbrüchen und Gewaltdelikten vorgebeugt werden. Eine Verschlechterung der Beleuchtung aus Gründen der Energieeinsparung und des Umweltschutzes wird daher abgelehnt. Zur Vermeidung von Drogenkonsum und diesbezüglicher Beschaffungskriminalität ist die Verwendung von ultraviolettem Licht in allen öffentlichen Sanitäreinrichtungen anzustreben.

Vor diesem Hintergrund kann die Stadtgestaltung in unserer Innenstadt, konkret der Bereich um das Opernhaus oder des Raschplatzes nur als konzeptlos bezeichnet werden. Bestehenden Problemen, beispielsweise durch die am Raschplatz vorhandene „Trinkerszene“, wird seitens der Stadt nicht entschieden entgegengetreten, sondern diese werden beispielsweise durch die Zurverfügungstellung kostenfreier Toiletten noch etabliert und verstärkt. Dass der Bereich des Raschplatzes nicht vollständig, sondern lediglich in Teilen, erneuert wurde, zeigt die Ambitions-, Rat- und Hilfslosigkeit unserer Stadtverwaltung. Verbunden mit der Stärkung des Polizeistandortes am Raschplatz könnten hier attraktive und sichere Einkaufsmöglichkeiten in unmittelbarer Innenstadtnähe und optimaler Verkehrsanbindung entstehen.

Um eines deutlich zu machen: Der CDU in Hannover geht es nicht um die Verdrängung von sozial-schwachen, benachteiligten und hilfebedürftigen Bürgern, die auf die Solidarität unserer Stadtgesellschaft angewiesen sind. Es kann jedoch nicht sein, dass ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept seitens der Stadtverwaltung zur Lösung nicht vorhanden ist, sondern lediglich mit kleinen Maßnahmen die Anzeichen dieser Probleme kaschiert werden sollen.

### **Videoüberwachung intensivieren**

Ferner ist die Videoüberwachung an Brennpunkten unserer Stadt und unserem ÖPNV noch intensiver in enger Abstimmung zwischen Ordnungsamt und Polizei in das Sicherheits- und Ordnungskonzept vor Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung datenschutzrechtskonform aufzunehmen. Bei der Konzeption muss zwischen dem Überwachen in Echtzeit und der Aufzeichnung zur Aufklärung bzw. Verfolgung von Straftaten unterschieden werden.

Innerhalb des Innenstadtgebietes muss die Videoüberwachung zur gezielten Koordination von Angehörigen des Ordnungsamtes und der Polizei als effektives Mittel eingesetzt werden. Hierfür ist die dauerhafte Überwachung durch Beschäftigte von Ordnungsamt und Polizei, wie sie bereits im Hauptbahnhof erfolgt, ein geeignetes Mittel. Weiterhin müssen die erhobenen Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zeitlich beschränkt und sich automatisch überschreibend zum Zwecke der Aufklärung bzw. Verfolgung von Straftaten vorrätig gehalten werden.

Die CDU in Hannover sieht das Mittel der Videoüberwachung aber nicht nur im Innenstadtbereich als effektives Mittel, sondern grundsätzlich in allen Stadtteilen, soweit die Örtlichkeiten dies zulassen und dort vermehrt Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten festzustellen sind bzw. dies für die Beobachtung von Personenansammlungen (beispielsweise Platz der Weltausstellung oder Expo-Plaza) oder Verkehrssituationen (beispielsweise Mecklenheidestrasse/Leinufer) erforderlich ist. Vor dem Hintergrund des aktuellen Urteiles des Verwaltungsgerichtes bzgl. der bestehenden Videoüberwachung müssen kurzfristig Lösungen gefunden werden. Die Videoüberwachung wurde hier nicht generell als rechtswidrig erklärt, sondern vielmehr die Notwendigkeit der Begründung und die datenschutzmäßige Umsetzung gerügt, welcher der Landeshauptstadt Hannover nicht nachgekommen ist.

## **Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

Neben dem allgemeinen öffentlichen Raum ist für die Bürger unserer Stadt der öffentliche Personennahverkehr von hoher Bedeutung. Diesbezüglich begrüßt die CDU die Einführung der Videoüberwachung in Stadtbahnen und unterirdischen Stationen. Dies gilt es auf die oberirdischen Stationen sowie die Busse im Rahmen der technischen und datenschutzrechtlichen Grenzen auszubauen.

Als Ergänzung fordert die CDU in Hannover die Erweiterung des bestehenden Frauen-Nacht-Taxis auf Senioren und Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen.

## **Verkehrssicherheit nicht vernachlässigen**

Sicherheit bedeutet auch Verkehrssicherheit, weshalb die Landeshauptstadt Hannover in diesem Bereich auf der Höhe der Zeit bleiben muss. Ein Beispiel hierfür sind sog. Trixi-Spiegel, welche an Lichtsignalanlagen angebracht werden, sodass LKW- und Busfahrer den sich ergebenden „toten Winkel“ ihrer Fahrzeuge einsehen können. Dieses Instrument besteht in Freiburg bereits seit 2008 und in Kassel seit Anfang Juni 2016. Entsprechende Kosten belaufen sich in Kassel auf ca. 120 Euro pro Spiegel zzgl. Anbau. Eine Untersuchung hat ergeben, dass in Freiburg 90 % der LKW- und Busfahrer diese Möglichkeit, zur Vermeidung von Unfällen, registrieren und als hilfreich empfinden. Die CDU Hannover-Stadt fordert daher die Einführung dieser Verkehrssicherheitsmaßnahme in Absprache mit den örtlichen Polizeidienststellen an Unfallschwerpunkten.

Letztlich gehört auch ein schneller und effektiver Winterdienst zu einer sauberen und verkehrssicheren Stadt. Diesen gilt es, auszubauen, da es inakzeptabel ist, dass in Gebieten des Umlandes dieser subjektiv besser koordiniert und ausgeführt wird, als in unserer Landeshauptstadt.

## **2. Familienpolitik als Standortfaktor:**

Förderung und Unterstützung aller Familien und aller Lebensgemeinschaften, in denen Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen, ist wesentlicher Faktor der Bestimmung von Lebensqualität einer Stadt. Sie ist darüber hinaus zentrales Argument für die Gewinnung neuer und den Verbleib bestehender Unternehmen und Arbeitskräfte; dies gilt in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels noch verstärkt. Die CDU Hannover will deshalb familiäre Strukturen unabhängig von individueller sozialer Stärke fördern; für uns ist Familienpolitik Strukturförderung für die Stadtgesellschaft und mehr als Reparaturbetrieb für soziale oder wirtschaftliche Schwäche. Beruf und Familie müssen vereinbar sein; genauso wie die vorübergehende Pflege von Angehörigen nicht die Aufgabe der Berufstätigkeit zur Folge haben darf. Deswegen tritt die CDU dafür ein, Kinderbetreuung zum Markenzeichen der Stadt Hannover zu machen: Mit einer Krippe für jedes Kind, mit der Garantie eines Kindergartenplatzes in Vollzeitqualität, mit der Gewährleistung für hochwertige, ganztägige Betreuung auch in den Ferien. So wie Eltern es wollen und brauchen. Dafür brauchen wir ein elektronisch gesteuertes Anmeldesystem für Übersichtlichkeit und Verbindlichkeit.

Wir wollen die Förderung von Betriebskindertagesstätten ausbauen und – in Zusammenarbeit mit interessierten Betrieben – neue Modelle für die Unterstützung pflegender Beschäftigter erproben. Diese steigern neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Attraktivität der lokalen Unternehmen als Arbeitgeber.

Daher fordert die CDU Hannover, dass Unternehmen über die Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Stadt, wie etwa hannoverimpuls, stärker als bislang über bestehende Fördermöglichkeiten zur Einrichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen informiert und bei der Bewältigung der nötigen Anträge unterstützt werden. Dies ist auch im Interesse pflegender Beschäftigter sinnvoll und wünschenswert.

Familien brauchen geeigneten und bezahlbaren Wohnraum. Darum muss die Ausweisung neuer Wohnbauflächen - auch bei der Umwandlung von Altflächen - an günstigen Wohnlösungen für Familien ausgerichtet werden. Vor allem günstige Reihenhäuser u. ä. helfen jungen Familien, in der Stadt wohnen bleiben zu können. Die CDU will dies verstärken und deshalb den Kinder-Bauland-Bonus ausweiten und gemeinsam mit Bauträgern preiswerte Modelle für das Familienwohnen entwickeln. Hier ist aufgrund der Versäumnisse der vergangenen Jahre dringender Handlungsbedarf gegeben!

Ideologisch verteuertes Wohnen hilft den Familien nicht, hier müssen Standards gegebenenfalls hinterfragt und reduziert werden.

### **3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Gleichstellung praktisch durchsetzen!**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist zu Lasten der Frauen im Berufsleben noch längst nicht verwirklicht, obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor. Die Stadt Hannover muss darauf auch bei vordergründig nicht gleichstellungsrelevanten Vorhaben reagieren. Eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nicht nur durch Maßnahmen der Familienpolitik sicherzustellen und beschränkt sich auch nicht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichstellung ist vielmehr ein Querschnittsauftrag für alle Politikfelder. Die CDU Hannover versteht daher Frauenpolitik und Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Daraus leitet die CDU Hannover folgende Handlungsempfehlungen für eine Neuausrichtung der kommunalen Gleichstellungspolitik ab:

#### **Berufliche Qualifikation und Karriere**

Männer und Frauen sind zu befähigen, für ihren Lebensunterhalt selbst zu sorgen und eine eigene soziale Sicherung aufzubauen. Daher sind berufliche Qualifikationen gleichermaßen zu schätzen und zu entgelten.

Die CDU Hannover will den Anteil von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in den hannoverschen Betrieben maßgeblich erhöhen. Dazu sind auch auf kommunaler Ebene die Ursachen und Barrieren für die mangelnde Präsenz von Frauen in Führungspositionen zu überwinden.

Die CDU Hannover will daher das Engagement von Unternehmen für die Förderung der Karrierechancen von Frauen sichtbar machen und Perspektiven für den Wiedereinstieg von Frauen in den Beruf fördern. Der öffentliche Dienst soll in diesem Zusammenhang eine Vorbildfunktion ausüben in Sachen Frauenquote, Veränderung der Unternehmenskultur durch flexible Arbeitszeiten und Entgeltgleichheit.

### **Wahrnehmung von Sorge- und Erwerbstätigkeit**

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich an die rasante Entwicklung im Zuge des demografischen Wandels unserer Gesellschaft anzupassen. Die CDU Hannover will, dass Kindererziehung und Pflegeaufgaben nicht nachrangig zur Erwerbsarbeit übernommen werden müssen, sondern neben der Erwerbsarbeit wahrgenommen werden können. Dazu sind in der Landeshauptstadt Möglichkeiten für eine Kinderbetreuung zu flexiblen Zeiten zu schaffen. Ziel ist es, im kurzfristigen Bedarfsfall für Kinder eine flexible Betreuung zu ermöglichen. Ebenso soll es ausreichend Pflegeplätze geben, in denen zu pflegende Angehörige, bei denen die Pflegeperson kurzfristig verhindert ist, betreut werden können. Hierfür sind zur Steigerung der Standortattraktivität in Zusammenarbeit mit der Region Hannover auch Plätze für noch nicht ortsansässige Bewerberinnen und Bewerber zu schaffen.

### **Sicherheit**

Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Lebensverlauf setzen voraus, dass beide Geschlechter ein Leben frei von Gewalt führen können. Die CDU fordert die Landeshauptstadt Hannover auf, Programme zur Bekämpfung jedweder Form von Gewalt, aus welchen Motiven auch immer, gegen Menschen fortzuführen bzw. einzuführen. Maßnahmen zur Abwendung und Vermeidung von Gewalt in der Öffentlichkeit bspw. durch das Anti-Aggressions-Training für Männer sind zu verstärken, der Notruf und Beratungs- und Betreuungsangebote für Gewaltopfer sowie Zufluchtsstätten sind zu erhalten und zu fördern.

## **4. Kinder- und Jugendpolitik:**

### **Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche!**

Die klassische Familie befindet sich in Großstädten wie Hannover auf dem Rückzug. Frühere Rollenmuster werden mehr und mehr durchbrochen. Es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter und Väter; Elternteile gründen mit anderen Partnern eine neue Familie. Darüber hinaus beginnen Eltern nach der Geburt ihrer Kinder tendenziell immer früher wieder zu arbeiten. Auch deshalb fordert die CDU den weiteren Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzt eine bedarfsgerechte Versorgung mit Betreuungsplätzen voraus. Wir setzen uns daher für Öffnungszeiten der Kitas ein, die an die tatsächlichen Arbeitszeiten von berufstätigen Eltern angepasst sind. Angesichts der in Hannover weiter steigenden Kinderzahl ist der bisher geplante Ausbau der Betreuungsplätze unzureichend und muss dringend beschleunigt werden. Die Qualität der Betreuung muss

verbessert werden. Außerdem fordert die CDU Hannover, die bestehenden Hortplätze zu erhalten. In den Horten werden die Grundschüler nach der Schule ausschließlich durch gut qualifizierte Fachkräfte betreut. Daneben können Ganztagsgrundschulen eine Nachmittagsbetreuung für Kinder bis zur vierten Klasse anbieten, die eine andere oder flexiblere Nachfrage abdecken. Die CDU möchte den Eltern weiterhin die Wahlfreiheit lassen, ob sie ihr Kind nachmittags in der Ganztagsgrundschule oder im Hort betreuen lassen möchten.

Eine besondere Herausforderung stellt die derzeitige Zuwanderungswelle dar. Damit sich Integrationsfehler der Vergangenheit nicht wiederholen, sollen alle Kinder aus Einwanderungsfamilien den Kindergarten besuchen um spielerisch die deutsche Sprache zu lernen und damit die Grundlage für einen erfolgreichen Schulbesuch und die spätere berufliche Qualifikation zu legen.

Auch darüber hinaus sind Spielflächen und Platzangebote für Kinder und Jugendliche im Interesse einer familienfreundlichen Stadt auszuweiten und eine Aufwertung vorhandener Spielplätze vorzunehmen. Dabei sollte neben den klassischen Spielangeboten auch an Trendsportarten wie Parcours oder Discgolf gedacht werden.

Unabhängige Jugendverbände leisten eine hervorragende Arbeit. Dies geschieht sowohl vor Ort in den einzelnen Stadtteilen, als auch beispielsweise auf Jugendfreizeiten. Sie unterstützen junge Menschen in ihrer Entwicklung zu Erwachsenen und vermitteln Werte wie Nächstenliebe und menschliches Miteinander. Kindern und Jugendlichen aus Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf geben sie zudem Halt und oftmals sogar auch ein zweites Zuhause. Mit all ihren Aktivitäten stehen diese Jugendverbände in engem Kontakt zu Kindern und Jugendlichen und wissen deshalb sehr genau, wo schwierige Situationen bestehen bzw. sich entwickeln. Dadurch können sie zeitnah auf mögliche Trends in der Jugendkultur reagieren und ihre Arbeit auf problematische Situationen ausrichten.

Die CDU fordert daher, unabhängigen Jugendverbänden und Elterninitiativen städtische Immobilien und Räumlichkeiten kostengünstig anzubieten. Dies ist eine wichtige Voraussetzung zur Gewährleistung eines finanzierbaren und breiten Betreuungsangebotes für Kinder und Jugendliche.

Neigt sich die schulische Laufbahn der Jugendlichen dem Ende zu, müssen sich die Schülerinnen und Schüler mit einer wegweisenden Entscheidung beschäftigen. Die CDU Hannover setzt sich dafür ein, dass die Schüler bei ihrer Entscheidungsfindung praktische Hilfe, schon während der Schulzeit, erhalten. Dies soll durch ein Netzwerk zwischen Schulen und Unternehmen der freien Wirtschaft erfolgen. Das Netzwerk soll dazu dienen, dass die Schüler die jeweiligen Berufsbilder und deren Tätigkeiten näher kennenlernen und ihre Stärken / Schwächen austesten können.

## **5. Seniorenpolitik:**

### **Für ein Miteinander der Generationen!**

In Hannover zeigen sich schon heute die Auswirkungen des demografischen Wandels. Mehr als 25 Prozent der Bevölkerung sind über 60 Jahre alt und es ist zu erwarten, dass der Anteil der älteren Menschen in den nächsten Jahren deutlich steigen wird. Vor diesem Hintergrund nimmt die CDU die Probleme der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sehr ernst.

Die CDU Hannover fordert daher, künftig mehr Wohnungen altengerecht auszubauen.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass Altbauten leichter barrierefrei umgebaut werden können. Dabei müssen u.a. denkmalschutzrechtliche Hürden überwunden werden. Erforderlich ist daher ein konstruktiver Dialog mit dem städtischen Denkmalschutz, dessen Weigerungshaltung oftmals nicht immer zeitgemäß erscheint. Die Stadt muss sich daher zum Ziel setzen, als Vermittler zwischen Denkmalschutzbehörde und betroffenen Immobilieneigentümern aufzutreten. In Neubauten ist seniorengerechtes und bezahlbares Wohnen für uns selbstverständlich.

Mit zunehmendem Alter sind viele Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, bei der Planung neuer Wohnquartiere entsprechende Flächen für Infrastruktur vor Ort, wie z. B. KiTas, Nahversorger und Arztpraxen, zu berücksichtigen. Zudem sieht es die CDU Hannover als erstrebenswert an, in bestehenden Quartieren eine ausreichende soziale Infrastruktur in der unmittelbaren Wohnumgebung zu erhalten. Vor diesem Hintergrund ist das bestehende Nahversorgungskonzept weiterzuentwickeln. Deshalb sollen generationsübergreifende Patenschaften etabliert, nachbarschaftliche Hilfedienste unterstützt und verstärkt Mehrgenerationenhäuser eingerichtet werden. Die Menschen verschiedener Generationen sollen sich gegenseitig helfen und aufeinander zugehen können. Dieser Ansatz ist künftig stärker als in der Vergangenheit zu unterstützen.

Die CDU fordert darüber hinaus einen weiteren Ausbau der Seniorenbüros und die Schaffung weiterer Angebote gegen die zunehmende Vereinsamung älterer Menschen in unserer Stadt.

## **6. Sozialpolitik:**

### **Solidarität der Stadtgesellschaft – aus sozialer Verantwortung für Hannover**

Die CDU setzt sich für alle Menschen ein, dabei spielt die Herkunft keine Rolle. Benachteiligungen aufgrund von Herkunft, Religion und Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität und Einkommen darf es nicht geben. Jedes Mitglied unserer Stadtgesellschaft soll teilhaben können, um das Gelingen von Inklusion zu ermöglichen.

Es darf nicht zu „Parallelgesellschaften“ kommen. Die CDU will keinen religiösen Fundamentalismus.

Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Basis für ein friedliches Zusammenleben in Hannover ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes. Dies gilt für alle Bereiche der Stadtgesellschaft und bestimmt das politische Handeln.

Die Sozialpolitik der Stadt Hannover steht vor großen Herausforderungen:

Die Folgen der demographischen Entwicklung mit einer immer älter werden der Bevölkerung beschäftigen die Stadt Hannover mit ihrer vollen Konsequenz.

Immer weniger Menschen wohnen in Familienverbänden mit zwei oder drei Generationen. Auch die Nähe von Verwandten und Bekannten im gleichen Haus, den gleichen Straßen oder der unmittelbaren Nachbarschaft wird weniger. Die Unterstützung in Familienverbänden nimmt ab und kann durch klassische Nachbarschaft, wie früher üblich, kaum noch kompensiert werden.

Jeder vierte Bewohner der Stadt und 41 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben heute einen Migrationshintergrund. 20 Prozent der Kinder haben Sprachprobleme. Etwa 400 Jugendliche verlassen jährlich in Hannover die Schule ohne Abschluss. Darunter sind weit überdurchschnittlich viele Jugendliche mit Migrationshintergrund. Dieser fehlenden Teilhabe an gesellschaftlichen Chancen wird in Hannover nicht konsequent entgegen gewirkt. Hier besteht eine zentrale strategische Aufgabe in der Sozialpolitik für Hannover.

Auch Hannover erlebt eine Änderung der Einwohnerstruktur, durch demografischen Wandel, Migration und Zerfall vom klassischen Familienverbänden, welche sich künftig weiter fortsetzen wird. Hier geht es weniger um materielle Probleme wie z.B. die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung. Es geht zentral um die Frage, wie neue Strukturen geschaffen werden können, die bereit stehen, wenn im Alter keine Hilfe, Kontakte und Beratung zur Verfügung stehen.

Die CDU richtet ihre sozialpolitischen Aktivitäten darauf aus, nachbarschaftliche Strukturen verstärkt zu fördern und Gemeinschaftserleben in den Wohnquartieren dort anzuregen, wo diese sich nicht von selbst ergeben. Die CDU wirkt damit der Vereinsamung entgegen und stellt ein selbstbestimmtes Leben, auch im Alter, sicher. Mit entsprechenden sozialpolitischen Maßnahmen kann den negativen Folgen der demographischen Entwicklung entgegen gewirkt werden. Gerade hierin liegt eine der wesentlichen Aufgaben städtischer Sozialpolitik.

## **6.1 Ehrenamt und Nachbarschaft**

Speziell für Kinder und ältere Menschen ist Nachbarschaft nach wie vor von großer Bedeutung. Nachbarschaft braucht Räume. Gemeinschaftsraum schafft Gemeinschaft und damit ein haltbares soziales Netzwerk. Investitionen in derartige Gemeinschaftsräume sind Zukunftsinvestitionen in Gemeinschaft, Nachbarschaft und Familienleben in Hannover.

Raum dafür bieten Plätze, Wege, Gärten und Spielplätze. Junge Familien wünschen sich, Beruf, Kindererziehung und Familie praktisch miteinander vereinbaren zu können. Kurze innerstädtische Wege zur Arbeitsstelle, zum Kindergarten und zur Schule helfen dabei. Moderne Formen der Nachbarschaft und haushaltsübergreifende Netzwerke wachsen, wenn junge Familien als attraktive Zielgruppe und

lebendige Bürger in Hannover gehalten bzw. für Hannover gewonnen werden können. Die Stadtplanung muss sich aber auch auf den wachsenden Bedarf der älter werdenden Bevölkerung ausrichten und die Beteiligungsprozesse mit älteren Menschen intensivieren. Barrieren müssen wo immer möglich reduziert werden.

Dafür fordert die CDU Hannover:

- das Quartiersmanagement auszubauen
- Nachbarschaftsinitiativen zu fördern
- die Aufwertung von Gemeinschaftsflächen voranzutreiben
- die Stadtplanung auf den wachsenden Bedarf der Älteren ausrichten, Barrieren wo immer möglich zu reduzieren, z.B. durch eine rutschfreie Pflasterung auf den Plätzen und Gehwegen in der Innenstadt und in den Stadtteilen
- den Beteiligungsprozess mit Seniorenbeirat und anderen Organisationen zu verbessern
- ein Programm „Wohnen für junge Familien“ aufzulegen, mit dem Ziel, günstigen Wohnraum für Familien bereitzustellen bzw. zu schaffen

Nachbarschaft schafft Räume – auch für bürgerschaftliches Engagement. Das Potenzial an Erfahrung, Wissen und Engagement sowohl von Seniorinnen und Senioren als auch von jungen Leuten muss in Hannover stärker in die bürgerschaftliche Arbeit zur Gestaltung unserer Stadtgesellschaft integriert werden. Durch geeignete Angebote sollen die Generationen verstärkt voneinander profitieren und ihre Lebensführung gegenseitig bereichern.

Für ältere Menschen bietet bürgerschaftliche Arbeit die Chance für persönliches Engagement und damit das Gefühl, gebraucht zu werden. Gleichzeitig wirkt es möglicher Vereinsamung entgegen. Für jüngere Menschen bietet diese ehrenamtliche Arbeit die Chance, sich einzubringen, mit zu gestalten und Erfahrungen zu sammeln.

Diese ehrenamtliche Tätigkeit entspricht dem christlichen Grundgedanken der Nächstenliebe und ist Kern und Triebfeder in nachbarschaftlichen Netzwerken. Aber: Ehrenamt braucht Hauptamt, um professionelle Hilfestellungen zu geben und Organisationsstrukturen zu optimieren. Die Hilfen des Ehrenamtes sollten zielgerichtet und nicht überfordernd sein. Die Ehrenamtlichen sind vor Überforderung zu schützen.

Daher fordert die CDU Hannover:

- die Voraussetzungen für zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeiten zu schaffen, um den zukünftigen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu sichern; bei der Finanzierung dieser Aktivitäten sind die freien Träger besonders zu berücksichtigen
- Kindertagesstätten zu Familienzentren auszubauen, in denen Angebote im kulturellen, sprachlichen und sportlichen Bereich unterbreitet werden
- in Schulen das Mentorenprogramm auszubauen

- die Erfahrungen des Modellprojektes Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren, in dem sich Ältere über einen längeren Zeitraum im sozialen, kulturellen und Umweltbereich engagieren, konsequent umzusetzen

## **6.2 Soziales und Wirtschaft – zwei Seiten einer Medaille**

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Für Frauen mit Kinderwunsch, die erwerbstätig sein wollen, steht und fällt ihr Lebensmodell mit der Kinderbetreuung. Daher fordert die CDU, das Kindertagesstättenprogramm weiter auszubauen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Weitere Schwerpunkte sind bei Krippen und Horten zu setzen. Auch der Ausbau von Ganztagschulen soll fortgesetzt werden. Das komplizierte Anmeldeverfahren für Kindertagesstättenplätze muss endlich abgeschafft werden. Die CDU Hannover fordert daher die unverzügliche Einführung eines zentralen, internetbasierten Anmeldesystems für KiTa-Plätze im Stadtgebiet, an dem sich alle KiTa-Träger beteiligen. Die Nutzung dieses Systems soll künftig für KiTa-Träger und Eltern verpflichtend sein und eine bindende Wirkung bei der Platzvergabe haben.

Die CDU Hannover fordert im Namen einer modernen Familienpolitik, dass Eltern bereits kurz nach der Geburt ihres Kindes nach ihren Betreuungswünschen – vor allem im Krippenbereich – befragt werden. Dies hat zum Ziel, den Bedarf frühzeitig zu erfassen und genügend Plätze vorhalten zu können, um auf diese Weise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

### **Häusliche Pflege**

Häusliche Pflege wird fast immer von Frauen geleistet. Da die betroffenen Frauen mit Familie, Pflege und Einsatz am Arbeitsplatz einer enormen Mehrfachbelastung ausgesetzt sind, müssen neue konzeptionelle Strukturen der häuslichen Pflege entwickelt werden. Diese Aufgabe wird die CDU in Zusammenarbeit mit Unternehmerverbänden, Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und Gewerkschaften in Angriff nehmen.

### **Mehr Beschäftigungsfreiheit im Alter**

Ältere Menschen verfügen über eine lange und vielfältige Lebenserfahrung. Bei der wachsenden Zahl der Ruheständler gibt es jedoch viele Menschen, die sich nicht mit ihrem Ruhestand begnügen wollen, sondern gern auf freiwilliger Basis über die gesetzliche Altersgrenze hinaus arbeiten möchten. Damit wirken sie zum einen drohender Vereinsamung entgegen. Diese kann entstehen, wenn man aus dem Arbeitsleben ausscheidet und damit auch sein berufliches Umfeld verliert. Dieser Verlust kann auch zu einer Einschränkung sozialer Kontakte führen. Zum anderen können sich Menschen etwas hinzuverdienen, um ihren bisherigen Lebensstandard nicht zu sehr einzuschränken. Vor diesem Hintergrund fordert die CDU, rechtliche und organisatorische Möglichkeiten zu schaffen, die die Beschäftigungsquote für einen Zuverdienst auf kommunaler Ebene erhöhen und zwar insbesondere in den Bereichen, in denen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften besteht.

### **6.3 Teilhabe am Gesellschaftlichen Leben für alle**

Die CDU Hannover unterstützt alle Vereine, Verbände und die Arbeit der Migranten-Selbsthilfe-Organisationen (MISO), die bürgerschaftliches Engagement in allen Generationen befördern.

Die CDU unterstützt jede Art von Ehrenamt und will insbesondere die ehrenamtliche Tätigkeit unter Migrantinnen und Migranten fördern. Die Bedeutung der Vereine und Verbände bei der Integration ist stärker ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft zu bringen. Die CDU wird die Ehrenamtskarte stärker an städtischen Einrichtungen zur Geltung bringen und allen ehrenamtlich arbeitenden Bürgerinnen und Bürgern Hannovers an die Hand geben.

In Hannover leben immer mehr Menschen, die kaum oder keinen Kontakt zur Stadtgesellschaft haben. Sie haben häufig wenig Kenntnis über die sozialen Hilfesysteme, die zur Unterstützung und Hilfe, z.B. bei Demenz und bei der Pflege, zur Verfügung stehen. Besonders ältere Migrantinnen und Migranten haben neben den unmittelbaren häuslichen Kontakten kaum Bezug zum Leben in der Stadt. Diese Menschen sind fast immer nur über ihre Muttersprache zu erreichen.

Daher fordert die CDU, die Einstellungspolitik der Stadt Hannover entsprechend anzupassen, um gezielter über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die jeweiligen Muttersprachen sprechen und den kulturellen Hintergrund verstehen, diesen Personenkreis ansprechen zu können.

### **6.4 Dialog der Generationen**

Die vielfältigen Chancen der Zusammenführung der Generationen in Hannover müssen besser genutzt werden. Dabei spielen die Pflegeeinrichtungen in den Stadtteilen eine wesentliche Rolle. Sie könnten als Zentren der Begegnung fungieren, wenn sie sich der Stadtteilgesellschaft öffnen.

Auch sind Seniorenbüros ein unverzichtbarer Teil im sozialen Netzwerk der Stadtteile. Um den Bedarf an Information und Hilfestellung sicherzustellen, sind neue Modelle zu entwickeln, die die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit fördern und den jeweiligen Raumbedarf befriedigen. Daher wird die CDU dafür eintreten, dass entsprechend neue Modelle initiiert und die Ergebnisse nach Möglichkeit in jedem Stadtbezirk umgesetzt werden.

### **6.5 Nicht für, sondern mit Menschen mit Behinderung**

In Hannover muss die Inklusion vorangetrieben werden. Der Fokus darf nicht allein bei den Schulen liegen, sondern genauso bei Kultur, Sport, Freizeitgestaltung und allen Formen der Begegnung in der Stadtgesellschaft. Bisher wird Inklusion zu häufig als Aufgabe nur der Schulen verstanden. Hier ist mehr Aufklärung in der Stadtgesellschaft zu erzielen. Notwendigen Voraussetzungen dazu sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zu schaffen.

Dazu gehören beispielhaft folgende Maßnahmen:

- praktisches Umsetzen des Wahlrechts für Blinde
- Barrierefreiheit muss mehr sein als rollstuhlgerechtes Bauen
- Wohnraum, in dem Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können
- Standards in allen öffentlichen Gebäuden sind auf vielfältige Arten und Formen von Behinderungen abzustimmen

Inklusion muss das Regelsystem sein, das aber die individuelle Förderung, gerade in jungen Jahren, nicht außer Acht lässt. Ziel muss es sein, ein gemeinsames Leben in und mit der Stadtgesellschaft zu ermöglichen.

Die CDU wird daher dafür eintreten:

- die baulichen Standards in öffentlichen Gebäuden für alle Menschen mit Behinderung weiter zu entwickeln
- die bisherigen Hilfeangebote beim Ausbau behindertengerechter Wohnungen auszubauen
- das „Marburger Modell“ für Blinde in Hannover zu erproben
- bei Wahlen auch Blinden eine geheime Wahl zu gewährleisten

Es gibt auch über Menschen mit Behinderung hinaus, Personen, die in ihrer Lebensgestaltung beeinträchtigt sind. Das sind Menschen, die einen sogenannten Burn Out erlitten haben. Auch diesen Menschen kann die Kommunalpolitik Unterstützung bei der selbstbestimmten Lebensgestaltung bieten. Weiterhin kann sich Kommunalpolitik dafür einsetzen, dass Unternehmen Vorsorge für Ihre Mitarbeiter treffen, um arbeitsinduzierte Beeinträchtigungen zu verhindern.

Die CDU Hannover-Stadt fordert daher:

- Unterstützung der Stadt Hannover für Unternehmen, die aktiv Konzepte zur Inklusion von Menschen, die unter arbeitsinduzierten Beeinträchtigungen leiden, entwickeln
- Unternehmen bei Konzepten zur Arbeitsplatzveränderungen zu Gunsten der Gesundheit zu fördern und zu stärken
- Betriebliches Gesundheitsmanagement in Unternehmen zu fördern

## 6.6 Dement, aber nicht allein

Demenz führt zu erheblichen Schwierigkeiten im täglichen Leben und mit der Umgebung. Demenzkranke Menschen fühlen sich nicht mehr verstanden, können sich im Alltag auch nicht mehr adäquat bewegen. Die Möglichkeiten der Selbstversorgung sind eingeschränkt. Es besteht ein täglicher Hilfebedarf.

Da die Zahl der alleinstehenden Personen auch in Hannover ständig zunimmt, familiäre und soziale

Netze im Alter jedoch häufig immer dünner werden, ist die Stadtgesellschaft stärker als bisher gefordert. Um die ganzheitliche Versorgung von Demenzerkrankten sicherzustellen, sind neben den professionellen medizinischen Hilfen besonders in der hauswirtschaftlichen Versorgung und in der Hilfe im täglichen Leben nachbarschaftliche Hilfen zu organisieren.

Um Verständnis für Demenzkranke zu entwickeln und damit auch besser helfen zu können, ist Aufklärung durch Information und Beratung zwingend erforderlich. Sie sind und bleiben Teil unserer Stadtgesellschaft. Bei einer steigenden Zahl von Demenzerkrankten muss sichergestellt sein, dass dieser Personenkreis aktive und anerkennende Unterstützung erhält.

Mit Kranken- und Pflegekassen, Mediziner\*innen und Pflegepersonal sind Gespräche zu führen, damit die unterschiedlichen Einrichtungen nicht aneinander vorbeiarbeiten, Dienste überproportional angeboten werden und andere überhaupt nicht. Moderne Informationssysteme müssen miteinander verknüpft werden, um die Angebote besser zu bündeln.

## **6.7 Transparenz in der Pflege – Weiterentwicklung der Pflege; „Fit im Alter“**

Zum weiteren Ausbau des Pflegeangebotes in Hannover ist die Vernetzung von und Kooperation mit freien Trägern der Altenpflege konsequent auszubauen. Zusätzlich ist die Konzeption der Pflegestützpunkte weiter zu entwickeln, um weitere Pflegeangebote unterbreiten zu können. Pflegestützpunkte müssen so organisiert und ausgestattet werden, dass sie als Anlaufstellen für die Kliniksozialarbeit fungieren können, die Anschlussbetreuung nach einem Klinikaufenthalt mit organisieren können und ehrenamtliche Hilfen durch bürgerschaftliche Arbeit organisieren. Daher fordert die CDU, vorhandene Pflegestützpunkte entsprechend weiter zu entwickeln und weitere Pflegestützpunkte einzurichten.

Ein Schwerpunkt in der offenen Altenhilfe muss das Thema „Sport und Bewegung; Fit im Alter“ werden. Sport und Bewegung sind präventive Hilfen und können einer Vielzahl von Krankheitsbildern vorbeugen. Daher fordert die CDU, die Kooperation mit freien Trägern entsprechender Angebote auch finanziell zu unterstützen. Schrittweise ist in allen Stadtteilen ein Bewegungsparcours einzurichten. Dabei ist eine Kopplung mit Kinderspielflächen anzustreben.

## **6.8 Suchthilfe**

Sucht und Missbrauch von beispielsweise: Alkohol, illegalen Drogen, Medikamenten und Spielsucht können Menschen in Abhängigkeiten bringen, die sie oft allein nicht durchbrechen können. Daher fordert die CDU, den Bereich des Drogenbeauftragten zum Referat Suchthilfe weiter zu entwickeln.

## **6.9 Zentrum für Bürgerarbeit**

Das Konzept zur Bürgerarbeit ist an die aktuellen Herausforderungen wie Altersarmut und Zuwanderung anzupassen. Dies gilt auch für den Stützpunkt Hölderlinstraße.

## **7. Schule und Bildung:**

### **Breites Bildungsangebot – Chancen für alle!**

Gute Bildung für jedes einzelne Kind – vom der Kita über Schule, Ausbildung und Studium bis hin zur Weiterbildung – ist Grundvoraussetzung für Teilhabe und sozialen Aufstieg. Erfolgreiche Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels und des drohenden Fachkräftemangels einerseits, und die anhaltende Zuwanderung andererseits, können nur bewältigt werden, wenn wir weiterhin auf gute Bildung für Alle setzen.

Qualitativ hochwertige Bildungseinrichtungen sind auch für die Zukunftsfähigkeit Hannovers von entscheidender Bedeutung. Die Attraktivität und Vielfalt schulischer Angebote ist eine wichtige Voraussetzung für den Zuzug junger Familien.

Die CDU Hannover setzt sich für eine frühestmögliche und individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen anhand eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses ein. Dieses reicht von der Kinderkrippe über den Kindergarten einschließlich frühkindlicher Sprachförderung über die Grundschulen und die weiterführenden Schulen bis hin zur beruflichen Bildung und den universitären Angeboten.

Die enge Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Schulen, Berufsschulen und vielen andere außerschulischen Einrichtungen ist daher zu fördern. Die Übergänge zwischen den Schulformen müssen optimal die Durchlässigkeit gewährleisten.

Die Verantwortung für die Erziehung und die Bildungslaufbahn von Kindern liegt in erster Linie bei den Eltern. Daher ist auch die enge Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und den Bildungseinrichtungen von großer Bedeutung.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass in der Stadt Hannover die notwendigen Voraussetzungen bestehen bleiben, damit Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Begabungen ihre Fähigkeiten individuell entwickeln können. Dies gewährleistet ein differenziertes Schulsystem, mit der Wahlmöglichkeit zwischen Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium oder der Integrierten Gesamtschule, als wertvolle und willkommene Ergänzung. Neben den staatlichen Schulen, zu denen auch die Bekenntnisschulen zählen, bereichern auch die Schulen in privater und kirchlicher Trägerschaft das vielfältige Schulangebot.

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Entgegen dem überwiegenden Trend im Land Niedersachsen gehen in der Landeshauptstadt Hannover die Schülerzahlen nicht zurück. In den

kommenden Jahren ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Die Stadt als Schulträger ist hierbei gefordert, ausreichenden Schulraum bereitzustellen und einen qualitativ guten Zustand der Schulgebäude sicherzustellen. Eine vorausschauende Schulentwicklungsplanung ist dabei eine unverzichtbare Voraussetzung, um die gegenwärtigen Kapazitätsprobleme und damit einhergehende Folgen wie lange Schulwege, auseinander brechende Freundschaften, Zuteilung und nicht gewünschter Schulprofile zu verhindern. Investitionen in die Gebäudeinfrastrukturen aller Schulformen mit besonderem Augenmerk auf Ganztagsangebote, Barrierefreiheit und Inklusion sind weiter notwendig.

## **Die CDU Hannover steht für ein breites Bildungsangebot!**

Das vielfältige und differenzierte niedersächsische Schulsystem bietet jeder Schülerin und jedem Schüler ein individuelles Bildungsangebot.

Die Wahl zwischen den verschiedenen Bildungswegen, die zum Haupt- oder Realschulabschluss oder zum Abitur führen, ermöglicht es, den individuellen Neigungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schülern zu entsprechen. Dabei bietet das differenzierte Schulsystem zahlreiche Übergangs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Diese Durchlässigkeit unseres Schulsystems ist wichtig, damit jedes Kind den für es bestmöglichen Schulabschluss erreichen kann.

Allen Schülerinnen und Schülern Hannovers muss es möglich sein, in erreichbarer Entfernung Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasien, und Förderschulen in der Stadt besuchen zu können.

Angebotsschulen ergänzen dieses Regelsystem und machen es vielfältig.

Ausdrücklich unterstützen wir auch das Schulangebot durch private oder kirchliche Träger, oder Schulen mit besonderem pädagogischem Profil.

## **7.1 Schulformen**

### **Grundschulen**

Eine Grundschule in erreichbarer Nähe für alle Schülerinnen und Schüler – kurze Wege für kurze Beine - ist für die CDU-Hannover eine unabdingbare Notwendigkeit für die Grundschul-Standortplanung in der Stadt und für die Festlegung der Schuleinzugsbezirke. Daher sollten auch kleinere Grundschulen bestehen bleiben.

Um den Übergang von der vorschulischen in die schulische Bildung zu erleichtern, ist die Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen und den Kindertagesstätten im Wohnquartier auch kommunal zu unterstützen.

Für die CDU Hannover gehören grundsätzlich Noten ab dem dritten Schuljahr und eine (nach neuem niedersächsischem Schulgesetz vom 1.8.2015 nicht mehr vorgesehenen) Schullaufbahempfehlung zum Ende der Grundschulzeit zu unverzichtbaren Orientierungshilfen für die Schülerinnen, Schüler und Eltern.

## **Ganztagsschulen**

Damit die Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche als auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, sollen langfristig alle Schulen im Bereich der Landeshauptstadt Hannover als offene oder teilgebundene Ganztagsschulen geführt werden können. Der Schutz der Familie muss durch flexible Abholzeiten gewährleistet werden.

Der stetige Ausbau der Grund- und weiterführenden Schulen zu Ganztagsschulen sollte daher weitergeführt werden. Das Modell mit Kooperationspartnern „Vereine und Verbände“ mit in das Ganztagsangebot einzubeziehen, ist beizubehalten.

## **Hauptschulen – Realschulen – Oberschulen**

Erfolgreich arbeitende Haupt- und Realschulen sowie zusammengefasste Haupt- und Realschulen könnten auch zukünftig die Schullandschaft in Hannover bereichern. Leider wurde diesen Schulformen in den vergangenen Jahren seitens der Stadt Hannover keine Unterstützung zu langfristigen Perspektiven geboten und die Anmeldezahlen gingen immer weiter zurück.

Für die CDU Hannover stellen diese beiden Schulformen weiterhin eine wertvolle und willkommene Ergänzung dar. Durch eine deutliche Ausweitung des sozialpädagogischen Angebots, die Einführung eines Ganztagsangebotes und eine verstärkte berufliche Orientierung können diese Schulformen ihren Stellenwert im Schulangebot zurückgewinnen und ausbauen.

In Niedersachsen haben durchgeführte Modellprojekte zur besseren Berufsorientierung an den Haupt- und Realschulen viel Beachtung gefunden.

Seit 2011 haben die Haupt- und Realschulen die Möglichkeit sich in eine Oberschule umzuwandeln. Für die CDU Hannover stellt die Oberschule eine Bereicherung für das Schulangebot unserer Stadt dar. Die frühzeitige Berufsorientierung und Berufsbildung mit möglichen Kooperationspartnern, insbesondere handwerklichen Betrieben und Unternehmen aus der Region, sowie die verbesserten Rahmenbedingungen bieten den Kindern und Jugendlichen besondere Motivation und Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Jede Schule, die den Wunsch nach Umwandlung in eine Oberschule äußert, sollte in diesem Bestreben seitens der städtischen Schulverwaltung unterstützt werden.

Die CDU Hannover lehnt es aber ab, grundsätzlich eine Zusammenlegung beider Schulformen zu fordern, ebenso die zielgerichtete Überführung der hannoverschen Haupt- und Realschulen in Integrierte Gesamtschulen.

## **Gymnasien**

Das Gymnasium bietet den direkten Weg zum Abitur und ist in Hannover die beliebteste Schulform. Nach Wiedereinführung der neunjährigen Gymnasialzeit und der weiter zunehmenden Schülerzahl in Hannover ist es vorrangig, den erhöhten Raumbedarf mit entsprechend forcierten Baumaßnahmen schnellstmöglich zu realisieren.

Da jahrelange Versäumnisse der Stadt Hannover zu einem erheblichen Sanierungsstau an den Gymnasien geführt haben, muss der bauliche Zustand aller Gymnasien auf den Prüfstand und ein entsprechendes Sanierungsprogramm aufgestellt werden.

Aus Sicht der CDU Hannover hat eine solide gymnasiale Schulbildung, die die Allgemeinbildung und Studierfähigkeit absichert, einen hohen Stellenwert. Auch die Förderung von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern gehört zu einem gerechten Bildungswesen und wird von uns unterstützt.

### **Integrierte Gesamtschulen**

In der Stadt Hannover gibt es zurzeit insgesamt elf Integrierte Gesamtschulen. Sie stellen eine Bereicherung des Schulformangebotes in unserer Stadt dar und sollen weiterhin als Angebotsschulen Bestand haben. Aus Sicht der CDU Hannover wird die Stadt dem gegenwärtigen Bedarf an Integrierten Gesamtschulen gerecht.

### **Schulen in freier Trägerschaft**

In der Landeshauptstadt sind in der Vergangenheit sukzessive Freie Schulen gegründet worden, sowohl im Grundschulbereich als auch im Sekundarbereich. Auch sie gehören zu einem vielfältigen Bildungsangebot und werden von der CDU Hannover unterstützt. Auch kommunal, seitens der Stadt Hannover, sollten diese Schulen unterstützt werden, bereichern sie doch die Qualität und Vielfalt des öffentlichen Bildungswesens.

## **7.2 Inklusion**

Nach Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention (Bildung) Abschnitt 2b, sollen „Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben.“

Alle Bildungseinrichtungen sollen diesem Anspruch gerecht werden. Daher muss die Stadt Hannover langfristig dafür Sorge tragen, dass die Schulen in ihrer Trägerschaft entsprechend ausgestaltet werden. Als Schulträger ist sie vor allen Dingen für die bauliche Umgestaltung für gelingende Inklusion verantwortlich.

Das Wohl des Kindes steht bei der Auswahl der richtigen Schule im Mittelpunkt. So sollte es für die Eltern weiterhin möglich sein, für ihr Kind eine Förderschule mit dem entsprechenden Unterstützungsangebot zu wählen. Die CDU Hannover wird sich auf allen Ebenen für die Beibehaltung dieser Wahlfreiheit einsetzen.

## **7.3 Mehr Qualität und bessere Lernbedingungen in unseren Schulen**

Für eine gute Ausbildung der Kinder ist ein sauberer und angenehmer Lernort unabdingbar. Die Kernaufgabe des kommunalen Schulträgers besteht darin, alle Schulen in einem guten baulichen Zustand

vorzuhalten und sie entsprechend der aktuellen pädagogischen Anforderungen auszustatten. Die CDU Hannover wird Sorge dafür tragen, dass der Sanierungsbedarf an allen hannoverschen Schulen erfasst und umgesetzt wird. Insbesondere die Sanierung vieler sanitärer Anlagen muss unverzüglich begonnen werden.

Die CDU Hannover wird sich für eine bessere Reinigung und eine konsequent umgesetzte Unterhaltspflege der baulichen Substanz aller Schulgebäude einsetzen.

Im Rahmen der Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Unterrichtsmaterial ist die Versorgung mit WLAN und einem Breitbandanschluss für alle Schulgebäude Voraussetzung für das Gelingen von mobilem Lernen. Dies ist bislang nur wenigen weiterführenden Schulen vorbehalten und muss schnellstmöglich flächendeckend ausgebaut werden. Die CDU Hannover wird daher eine Überarbeitung des Medienkonzeptes für die Schulen veranlassen.

## **8. Migrationspolitik: Hannover ist Heimat!**

In Hannover leben Menschen aus 170 Nationen. Hannover ist längst Heimat für viele geworden.

Die CDU will die Sprachförderung in den Vordergrund stellen, denn die gemeinsame Sprache schafft es, dass alle Menschen unterschiedlichster Herkunft friedlich miteinander leben und voneinander lernen. Die CDU setzt sich für eine größere Anzahl von Sprachlernklassen in Hannovers Schulen ein. Integrationsangebote der Stadt, der Verbände, der Vereine und Institutionen sind allen Einwohnern Hannovers in geeigneter Form anzubieten. Integrationsangebote sind zu dokumentieren und zu evaluieren, um sie ständig den Erfordernissen anzupassen. Dies gilt für alle Akteure und Netzwerke, auch dem Gesellschaftsfond für Zusammenleben. Die Stadtverwaltung koordiniert Fachbereichs- und Dezernats übergreifend sämtliche Integrations- und Unterbringungsprojekte.

Sämtliche Maßnahmen der Stadtverwaltung unterliegen einem ständigen Berichtswesen in den politischen Gremien. Der lokale Integrationsplan wird sich tagesaktuell ausrichten müssen. Die CDU Hannover fordert daher die längst notwendige Evaluation und Optimierung des lokalen Integrationsplans aus dem Jahr 2008.

Die gegenwärtige große Zuwanderung von Menschen erfordert eine Bündelung von Integrationsangeboten in den städtischen Unterkünften und ihrer Nachbarschaft. Bestehende Angebote reichen nicht aus. Eine bessere Vernetzung von städtischer Verwaltung mit Jobcenter, berufsbildenden Schulen, Handwerkskammern, Fachhochschulen und den Universitäten ist erforderlich. Die CDU will verpflichtende Integrationskurse für Zuwanderinnen und Zuwanderer, die zügig begonnen werden können. Bei Straffälligkeiten sollen grundsätzlich Sanktionen möglich sein.

## 8.1 Flüchtlingssituation

Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt uns alle vor große Herausforderungen, die wir nur gemeinsam lösen können. So viele Menschen wie nie zuvor sind vor Terror, Krieg und Verfolgung geflohen und haben Schutz in Deutschland und auch in der Stadt Hannover gefunden. Viele dieser Menschen wollen wieder zurück in ihre Heimat, wenn sich die Verhältnisse dort stabilisiert haben, und helfen, ihr Land wieder aufzubauen. Diesen Menschen müssen wir während ihrer Zeit in Deutschland die Vorteile einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nahebringen, damit die in Deutschland gesammelten Erfahrungen sich positiv und stabilisierend bei einer Rückkehr in die Heimatstaaten auswirken. Und wir müssen die Menschen qualifizieren, damit die in Deutschland verbrachten Jahre keine verlorenen Jahre werden, sondern die Qualifizierung dabei hilft, den Wiederaufbau in den Heimatstaaten zu beschleunigen. Es wird auch Menschen geben, die dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Diese Menschen müssen so schnell wie möglich in unsere Gesellschaft integriert werden. In beiden Fällen sind der schnelle Erwerb der deutschen Sprache und die Aufnahme in unsere Gesellschaft unerlässlich.

Viele Menschen haben sich engagiert und wollen sich auch in Zukunft engagieren, diese Herausforderung zu meistern. Wir bedanken uns bei allen Menschen für die selbstlose Hilfe in der vielfältigsten Art und Weise.

Es gibt aber auch Menschen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind und weder Flüchtlingsschutz noch Asyl beanspruchen können. Auch wenn dies menschlich gut nachvollziehbar ist, müssen hier die gesetzlichen Änderungen des Asylrechts entgegen der bisherigen Handhabung in der Region umgesetzt und diese Menschen schnell wieder in ihre Heimatstaaten zurückgeführt werden.

## 9. Wirtschaft:

### Motor der Zukunft!

Die CDU ist sich der besonderen Bedeutung der Wirtschaftspolitik für die weitere Entwicklung der Landeshauptstadt Hannover bewusst. Viele bedeutende Unternehmen und Industrien sind in Hannover vertreten. Letztendlich bestimmt das wirtschaftliche Umfeld Hannovers das Leben in der Stadt. Hiervon ist eine Vielzahl von Arbeitsplätzen abhängig. Zudem sorgt sie für das Gewerbesteueraufkommen.

Die aktuellen Wachstumsraten verdeutlichen einen positiven Trend. Deutschlands Arbeitslosigkeit ist inzwischen sogar geringer als vor der Finanzkrise. Hannover ist Teil dieses Aufschwungs. Die CDU begrüßt, dass kreative, innovative und leistungsfähige Unternehmen Hannover als Standort wählen und treu bleiben. Dies gilt es weiter zu pflegen. Die Landeshauptstadt Hannover ist aufgefordert, mit marktkonformen Mitteln Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu schaffen, damit Unternehmen sich hier ansiedeln.

Angesichts des positiven Trends bei den städtischen Einnahmen fordert die CDU, langfristig das Ziel

zu verfolgen, den Hebesatz moderat zu senken. Das ist der größte Anreiz, den wir schaffen können, damit Unternehmen die Stadt Hannover bevorzugt als neuen Standort auswählen. Das jetzige Signal der rot-grünen Mehrheit in der Landeshauptstadt, den Hebesatz auf Rekordhoch anzuheben, ist mehr als verantwortungslos.

Insofern ist ein gutes Verhältnis der Verwaltung zu den in Hannover ansässigen Firmen von existenzieller Bedeutung. Durch umsichtiges Handeln und zukunftsgerichtete Planungen können wir den Wegzug von Firmen, und somit auch den Verlust von Arbeitsplätzen, verhindern. Hannover ist attraktiv, das gilt es immer wieder zu verdeutlichen und auch nach außen hin zu vermarkten.

Der Tourismus ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Innerdeutscher Tourismus hat an Bedeutung hinzugewonnen. Diese erfreuliche Tendenz wollen wir weiter ausbauen und zeigen, dass Hannover viel mehr als nur die Messen zu bieten hat.

### **Firmen, Gewerbetreibende, Mittelständler**

Die CDU Hannover fordert, dass das Wachstum der hannoverschen Wirtschaft und die Ansiedlung neuer Unternehmen in jeder geeigneten Weise gefördert und unterstützt werden.

Wir wollen die gesamte hannoversche Verwaltung zu einem konsequent wirtschaftsfreundlichen, kooperativen und dienstleistungsorientierten Verhalten verpflichten und streben eine enge Kooperation der Verwaltung mit den Unternehmen an. Die Landeshauptstadt Hannover soll sich als kompetenter und verlässlicher Partner erweisen. Die CDU legt Wert auf unternehmensfreundliche Rahmenbedingungen und den Abbau bürokratischer Hürden. Die städtischen Gewerbevorschriften sind daher konsequent zu entrümpeln. Insbesondere bei der Neugründung von Unternehmen soll die Verwaltung Hilfestellung leisten. Die städtischen Behörden sollen mehr elektronische Kommunikationsmöglichkeiten für Unternehmen anbieten und ihre Erreichbarkeit generell verbessern.

Das bestehende Konzept einer Hannover Holding soll umgesetzt werden, sodass die wirtschaftlichen Förderungen gebündelt werden. Eine intensivere Zusammenarbeit der Landeshauptstadt Hannover mit den Wirtschaftskammern wird gesucht. Das Angebot an Beratung und Förderung durch Kammern, Verbände und wirtschaftsfördernde Unternehmen soll in Absprache untereinander ergänzt werden. Wettbewerb und Doppelstrukturen sind hier zu vermeiden.

### **City und Einzelhandel**

Die hannoversche City mit ihren Einkaufsmöglichkeiten ist ein Besuchermagnet und ein zentraler Motor für die Wirtschaft unserer Stadt. Die CDU Hannover will den Einzelhandel in der City fördern und stärken.

Die CDU Hannover fordert deshalb:

- bei der Festlegung von Öffnungszeiten und verkaufsoffenen Sonn- und Feiertagen sollen die Unternehmen mehr Freiheiten bekommen

- bei Großveranstaltungen und öffentlichen Baumaßnahmen in der Innenstadt soll auf die Belange des Einzelhandels Rücksicht genommen werden
- die Flächen, Plätze und Denkmäler in der City sind absolut sauber zu halten
- mehr städtische Ordnungskräfte sollen dafür sorgen, dass alle Bürger sich überall in der City sicher und wohl fühlen können
- in der Innenstadt sind zusätzliche Parkmöglichkeiten zu schaffen und mehr Möglichkeiten für freies Parken an Samstagen anzubieten

### **Wirtschaftsförderung**

Die Zahl der Unternehmensgründungen liegt nach wie vor deutlich unter dem vorhandenen Potenzial. Daher fordern wir eine noch stärkere Bündelung von Aktivitäten und eine effektivere Arbeitsweise, z.B. durch die Abschaffung von Doppelstrukturen. Jedes Unternehmen soll einen festen Ansprechpartner in der Wirtschaftsförderung bekommen.

Wir sprechen uns weiterhin für die Unterstützung des Unternehmerinnen-Zentrums in Hannover aus. Mit seinen erfolgreichen Start Ups hat es sich zu einer etablierten und bewährten Einrichtung entwickelt und schafft einen Mehrwert nicht nur für die Gründerinnen, sondern auch für die Stadt Hannover.

Von zentraler Bedeutung für Unternehmensneugründungen ist der Zugang zu günstigem Kapital. Nur wenn junge Unternehmen Möglichkeiten finden, die Gründungsphase unabhängig von Banken zu finanzieren, können aus guten Ideen erfolgreiche Unternehmen entstehen. Die CDU Hannover fordert daher die Einrichtung eines Gründungskapitalfonds der Stadt Hannover, der Start Ups in Zukunftsbranchen wie z.B. IT, Biotechnologie oder erneuerbare Energien gezielt fördert und so Ansiedlungen in Hannover unterstützt.

Neben der Existenzgründung gibt es eine Vielzahl weiterer Wirtschaftsförderungsmöglichkeiten. Diese betreffen andere Bereiche des unternehmerischen Handelns, etwa Inhaberwechsel im Rahmen des Generationenübergangs, günstige Darlehen für Investition und Innovation oder auch Ausbildungsförderungen. Diese „Fördertöpfe“ werden jedoch oft nicht direkt von der Stadt, sondern viel mehr vom Land Niedersachsen, dem Bund oder der Europäischen Union zur Verfügung gestellt. Bei Gründern, aber auch Handwerkern oder Mittelständlern sind diese Möglichkeiten oft nicht bekannt oder aber die damit einhergehende Bürokratie mit Zugangsvoraussetzungen, einzureichenden Anträgen und Genehmigungsschritten schreckt ab. Hier sehen wir als CDU insbesondere die hannoverimpuls GmbH als Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft von Stadt und Region in der Pflicht. Um hier ein Bewusstsein zu schaffen und den Zugang zu diesen Mitteln zu erleichtern, fordert die CDU Hannover sowohl die Information als auch die Beratung zu diesem Bereich der Förderung zu intensivieren.

### **Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Forschung**

Zukunftsorientierte Bildung und Ausbildung ist die Basis jedes erfolgreichen Wirtschaftsunternehmens. Mit den vorhandenen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Hochschulen hat sich

Hannover zu einem etablierten Standort für Studium, Forschung und Wissenschaft entwickelt.

Wir wollen Voraussetzungen schaffen, um die Kooperation der wissenschaftlichen Zentren mit der Wirtschaft zu stärken, z.B. durch die gemeinsame Definition künftiger Berufs- und Studienbilder oder gemeinsame Forschungsprojekte.

Angesichts des immer stärker auftretenden Fachkräftemangels setzen wir uns darüber hinaus für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen respektive Berufsschulen und lokalen Ausbildungsbetrieben ein. Ferner unterstützen wir die Einrichtung eines Mentoring-Programms, indem Mentoren die Motivation der Schüler gezielt fördern, deren soziale Kompetenz erweitern und ganz konkret bei der Vorbereitung auf Praktika und der Erstellung von Bewerbungen helfen.

Mit einer engeren Verbindung von Industrie, Wissenschaft und weiteren Partnern werden ideale Rahmenbedingungen für Branchenwachstum und damit einhergehend auch Arbeitsplätze geschaffen. Die Stadt Hannover ist aufgefordert, dies zu realisieren und auch durch eine verstärkte Kommunikation eine gute Basis zu schaffen, um gut ausgebildete Arbeitskräfte in Hannover zu halten.

Die CDU Hannover fordert, neue Forschungsschwerpunkte gezielt durch geeignete Rahmenbedingungen zu unterstützen. Dazu gehört ein enger Verbund der Hannoverschen Hochschulen auf innovativen Gebieten, z.B. in der Biomedizintechnik.

Als Areal für die Ansiedlung innovativer Forschungszentren und Unternehmen gilt seit Jahren der Wissenschaftspark in Marienwerder. Dieses Gebiet liegt verkehrsgünstig und in direkter Nähe zu einem Hersteller und zu mehreren Zulieferern der Automobilindustrie. Die CDU fordert, den Wissenschaftspark Marienwerder systematisch weiter auszubauen.

## **Immobilien**

Die Landeshauptstadt ist einer der größten lokalen Immobilienbesitzer. Die bei der Stadt Verantwortlichen sind sich dessen nicht ausreichend bewusst. Der Immobilienbesitz der Landeshauptstadt Hannover wurde über Jahrzehnte systematisch vernachlässigt. Der Satz „Eigentum verpflichtet“ gilt nicht nur für private Eigenheimbesitzer, sondern gerade auch für die Landeshauptstadt. Es ist zu untersuchen, ob sich der komplette Immobilienbesitz der Landeshauptstadt in einer Gesellschaft bündeln lässt. Tätigkeitsfelder innerhalb dieser Gesellschaft, wie z.B. Hausmeisterdienste, Vermarktung und Instandhaltung sind zu separieren und müssen als eigenes Profitcenter wirtschaften.

Entscheidend für die Ansiedlung gewerblicher Unternehmen in unserer Stadt ist das Angebot an geeigneten Gewerbeflächen. Wir wollen die städtische Verwaltung verpflichten, jedem ansiedlungswilligen Unternehmen innerhalb kurzer Zeit geeignete Gewerbeflächen anzubieten. Brachflächen sollen verstärkt in Gewerbeflächen umgewandelt werden, wenn die Nachfrage dies erfordert. Eine Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur ist bei bestehenden und neuen Gewerbegebieten zeitnah anzustreben.

Auf diese Weise sollen erbrachte Leistungen innerhalb der Verwaltung transparent gemacht und Bewertung und Vergleich des eigenen Immobilienbesitzes mit dem freien Immobilienmarkt hinsichtlich Marktwert, Verkaufsoptionen oder marktgerechter Miethöhe erstmals ermöglicht werden. Notwendige

Investitionen werden transparent und bieten somit Planungssicherheit für die Zukunft. Die Vermarktung von Flächen auf dem Expo-Gelände ist erheblich zu verstärken. Ein verbessertes Marketing und eine Erfolgskontrolle seitens der Gremien der Landeshauptstadt Hannover sind notwendig, um diesen attraktiven Standort besser zu nutzen. Es ist zu prüfen, ob eine befristete kostenlose Überlassung von Grundstücken an ansiedlungswillige Unternehmen die Auslastung des Geländes erhöhen kann und einen Bonus für die Ansiedlungspolitik darstellt.

### **Kongresse**

Das Hannover Congress Centrum (HCC) bietet mit dem frisch renovierten historischen Kuppelsaal den derzeit herausragendsten Konzertsaal im norddeutschen Raum. Zusammen mit seinen vielfältigen weiteren Raumangeboten ist das HCC ein etablierter Standort für Kongresse, Ausstellungen und kulturelle Veranstaltungen in zentraler Lage und damit ein wichtiger Standortfaktor für Hannover. Daher fordert die CDU die Fortführung der Sanierung der historischen Bausubstanz. Die Stadtbahnhaltestelle am HCC muss schnellstmöglich behindertengerecht ausgebaut werden, damit sich die entsprechenden Investitionen in den barrierefreien Ausbau der Gebäude des HCC auch rentieren können.

Die CDU begrüßt die Kooperation mit der Medizinischen Hochschule und der Deutschen Messe AG zur Akquirierung von medizinischen Kongressen und schlägt vor, diese um vergleichbare Projekte mit der Tierärztlichen Hochschule und der Universität Hannover auszubauen.

### **Infrastruktur**

Hannover ist ein hervorragender Wirtschaftsstandort im Zentrum von Niedersachsen und bietet eine erstklassige Erreichbarkeit innerhalb Deutschlands. Eine moderne Infrastruktur bedeutet Attraktivität für Unternehmen sowie Lebensqualität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Nicht nur bei Immobilien zählt besonders die Lage. Eine gute Infrastruktur ist ein entscheidendes Wettbewerbskriterium. Durch eine leistungsstarke Verkehrsanbindung ist Hannover ein hervorragender Standort nicht nur für die Logistikbranche.

Auch deshalb setzt sich die CDU für den Erhalt der Städtischen Häfen ein. Die Städtischen Häfen sind ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen der Logistikbranche. Mit ihrem Angebot für die Binnenschifffahrt und im Eisenbahnverkehr tragen sie außerdem dazu bei, den Lkw-Verkehr im Stadtgebiet zu reduzieren und die damit verbundenen Schadstoffemissionen zugunsten der Bürger zu reduzieren. Zur langfristigen Geschäftssicherung müssen die Städtischen Häfen auch für kommende Generationen von Binnenschiffen erreichbar bleiben. Dieser Vorteil ist weiter zu nutzen und auszubauen.

Ein weiterer wichtiger Standortfaktor in Hannover liegt in der Attraktivität seiner Naherholungsmöglichkeiten und öffentlichen Plätze. Die Eilenriede oder der Maschsee dienen der Entspannung, werden für Freizeitsport genutzt und sind gleichzeitig grüne Lunge der Stadt. Öffentliche Plätze schaffen vielfältige Möglichkeiten für Veranstaltungen aller Art, wie etwa Markttag, Open Air-Konzerte oder Volksfeste. Diese tragen ebenfalls zum Wohlbefinden der Bürger bei und wirken oft als Besuchermagnet weit über die Grenzen der Stadt Hannover hinaus.

Die CDU Hannover setzt sich daher dafür ein, bestehende Naherholungsgebiete und öffentliche Plätze nicht einer kurzfristigen Wohnraumverdichtung zu opfern. Stattdessen sind alle kommunalen Entscheidungsträger gefordert, hier mit Augenmaß zu handeln, um bestehende Flächen aufzuwerten und neue Naherholungsflächen zu schaffen.

Die CDU fordert mehr Engagement beim Ausbau und der Sanierung des vorhandenen Radwegenetzes. Fahrradwege aus den 70er, 80er und 90er Jahren müssen auf den heutigen Standard angepasst und teilweise verbreitert werden. Zudem müssen bestehende Lücken im Radwegenetz geschlossen werden. Wir setzen uns für separate Fahrradwege entlang von Hauptverkehrsstraßen ein, um die Sicherheit der Fahrradfahrer zu erhöhen. Die sog. Fahrradstreifen, wie auf der Königstraße und Podbielskistraße, sind hochgefährlich und sollen nur dazu dienen, den Individualverkehr auszubremsen.

Die CDU setzt insgesamt beim Fahrradverkehr auf Attraktivität und lehnt das ideologisch motivierte „Leitbild Radverkehr“ ab. Ziel muss es vielmehr sein, alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt zu behandeln und für ein harmonisches Miteinander zu sorgen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir es entschieden ab, die gesamte Fußgängerzone der Innenstadt, oder größere Abschnitte davon, für den Fahrradverkehr freizugeben.

Die CDU Hannover fordert stattdessen, die örtlichen Bezirksräte vor einer „von oben“ verordneten Einrichtung von Fahrradstraßen bei der Auswahl in Frage kommender Strecken ergebnisoffen zu beteiligen und entscheiden zu lassen.

Das Verbot von Radfahren in Fußgängerzonen muss nach StVO durchgesetzt werden.

Zudem setzen wir uns als CDU dafür ein, dass der Rückbau von Parkplätzen in der Innenstadt gestoppt wird. Hannover ist als Oberzentrum gerade auch auf überregionale Besucher angewiesen, die zumeist mit dem Auto anreisen. Dafür muss entsprechender Parkraum zur Verfügung stehen.

Des Weiteren setzt sich die CDU für den Ausbau von Parkplätzen für die Anbieter von Carsharing ein. Carsharing entlastet öffentliche Verkehrsflächen, wenn auf das eigene Auto verzichtet und dafür Carsharing genutzt wird. Denn die Nutzungsdauer eines privaten PKW beträgt im Durchschnitt eine Stunde am Tag, den Rest des Tages werden mit dem PKW wertvolle Parkflächen im privaten oder öffentlichen Raum blockiert. Die Bürgerinnen und Bürger Hannovers erhalten eine Alternative, um die Abhängigkeit vom eigenen PKW zu reduzieren, um somit Kosten zu sparen und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

### **Ausbau schnellerer Datenverarbeitung**

Die Nachfrage nach schnellen Datenverbindungen ist ungebrochen. Eine große Rolle spielt dabei das heute in der Wirtschaft nicht mehr wegzudenkende Cloud Computing. Anwendungen werden dabei zunehmend nicht mehr auf lokalen Rechnern, sondern wesentlich kostengünstiger zentral in entfernten Rechenzentren ausgeführt. Für viele Wirtschaftsunternehmen ist das ein entscheidender Standortfaktor. Zudem haben bedeutende Cloudanbieter ihren Sitz in Hannover. Durch eine bessere Infrastruktur kann die Ansiedlung weiterer attraktiver IT-Unternehmen gefördert werden. Der Ausbau des breitbandigen Glasfasernetzes muss daher intensiv vorangetrieben werden, insbesondere in bisher unterversorgten Randbereichen.

## **Marketing und Tourismus**

Hannover boomt als Reisestadt. Die Stadt verzeichnet eine stetig steigende Anzahl von Touristen, darunter auch zahlreiche ausländische Gäste. In Zusammenarbeit mit der Hannover Marketing und Tourismus Gesellschaft (HMTG) ist das Standortmarketing weiter auszubauen. Es ist eine elementare Aufgabe, die Sehenswürdigkeiten Hannovers entsprechend besser zu vermarkten.

Das traditionelle Schützenfest, die Herrenhäuser Gärten mit den diversen kulturellen Veranstaltungen sowie der Zoo sind und bleiben touristische Anziehungspunkte für Menschen aus der gesamten Welt. Mit dem Neubau des Schlosses Herrenhausen haben wir einen weiteren repräsentativen Besucher-Magneten hinzu gewonnen. Die CDU fordert die Landeshauptstadt Hannover ausdrücklich auf, künftig noch mehr Werbung für diesen Anziehungspunkt zu machen. Wir wollen den positiven Effekt aus dem Besuch der Bundeskanzlerin mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nutzen, um das touristische Highlight „Herrenhäuser Gärten“ in unserer Stadt noch besser als in der Vergangenheit zu vermarkten. Das weltweit positive Image Hannovers muss weiter gepflegt und ausgebaut werden. Hierzu bedarf es einer Gesamtkonzeption, die alle touristischen Leistungsträger zusammenführt und so eine bessere Vermarktung gewährleistet.

## **10. Verkehrspolitik: Bewegungsfreiheit für alle!**

Die kommunale Verkehrsplanung steht in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor der enormen Herausforderung, aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden und gleichzeitig dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Mobilität nachzukommen. Keine moderne Stadt kann sich dabei entwickeln, ohne eine Balance zwischen Verkehrsgünstigkeit und Verkehrsbelastung zu erreichen. Das Verkehrsverhalten der Menschen wird sich weiter verändern.

Der Anteil des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel („Modal Split“) wird in einer Großstadt wie Hannover zukünftig leicht abnehmen, auch wenn wir steigende Zulassungszahlen bei PKWs verzeichnen. Es werden vermehrt Wege mit dem Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt. Jedoch ist das Benutzerverhalten saisonabhängig. In Hannover steigt die Anzahl von Fahrzeugen. Diese werden gern in den wärmeren Monaten mal stehen gelassen, in der kälteren Jahreszeit aber häufiger benutzt. Dieser Herausforderung muss die Landeshauptstadt Hannover Rechnung tragen, auch vor dem Hintergrund wachsender Bevölkerungszahlen.

### **Optimierung der Verkehrsinfrastruktur**

Durch den Einsatz einer modernen und intelligenten Verkehrstechnik kann die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur verbessert werden. Gleichzeitig müssen wir Verkehrsströme und Nutzerverhalten stetig analysieren und daraus Rückschlüsse für die Verkehrsinfrastrukturentwicklung ziehen.

Den ideologisch motivierten Rückbau von Straßen (z.B. City-Ring) lehnen wir jedoch ab, da hierdurch

unweigerlich, in Spitzenzeiten, ein Verkehrskollaps entstehen kann. Zudem ist der Rückbau von funktionsfähiger Infrastruktur, vor dem Hintergrund eines strukturellen Haushaltsdefizits, nicht vertretbar.

Punktuell müssen Straßenräume jedoch umgestaltet werden, im Sinne einer nachhaltigen Nutzung, aber erst dann, wenn sie ohnehin sanierungsbedürftig sind. Flächenpotentiale sind zu optimieren, um einen guten Ausgleich zwischen Aufenthaltsqualität und Infrastruktur zu schaffen.

Wir fordern daher:

- Optimierung von Ampelschaltungen
- gleichberechtigte Ampelschaltungen für alle Verkehrsteilnehmer
- den Ausbau, die Sanierung und hinreichende Beleuchtung von Radwegen und verkehrssichere Räumung der Radwege im Winter
- die Schaffung von mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, z.B. Bügel/Parkstationen im gesamten Stadtgebiet. Maßnahmen für die Akzeptanz dieser Abstellmöglichkeiten sind zu treffen, ohne andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer dabei zu behindern oder gar zu gefährden
- Umgestaltung des Friederikenplatzes, Stadtgestalterische Aufwertung von Joachimstraße, Thielenplatz sowie Prinzenstraße und Erhöhung der Aufenthaltsqualität vor dem Schauspielhaus
- Erhalt des City-Rings mit seinen Fahrspuren
- mehr Einsatz von freien Linksabbiegern zu prüfen
- die verstärkte Anbringung Grünpfeil-Schildern (Zeichen 720) für Rechtsabbieger an dafür geeigneten Stellen

### **Förderung alternativer Verkehrsformen**

Die Elektromobilität wird, insbesondere aufgrund steigender Benzinpreise infolge der Neigung fossiler Kraftstoffe, in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zunehmen. Andere neuartige Mobilitätsformen wie der Segway- und Car-Sharing-Modelle sind in den letzten Jahren auf den Markt getreten, konnten sich in der Breite jedoch nicht durchsetzen. Das Angebot von Carsharing-Modellen muss in Hannover daher besser werden.

Die CDU misst der Elektromobilität eine große Bedeutung zu. Wir setzen uns daher für eine aktive Förderung der Elektromobilität ein. Obwohl Hannover am Modellprojekt „Schaufenster Elektromobilität“ teilnimmt, sind die Innovationen und Fortschritte in unserer Stadt mit der Lupe zu suchen. Die Landeshauptstadt Hannover und die städtischen Betriebe sind aufgefordert, ein besseres Vorbild zu geben und mehr Kreativität zu zeigen. Die Errichtung eines flächendeckenden Strom-Tankstellennetzes ist dringend voranzutreiben.

## **Verringerung der Emissionen durch Verbesserung des Verkehrsflusses**

Eine vitale Stadt lebt von der individuellen Mobilität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Dazu zählt für uns auch der Motorisierte Individualverkehr (MIV). Gleichwohl gilt es, die negativen Begleiterscheinungen des Verkehrs, wie Feinstaub, Stickoxid- und Kohlendioxidemissionen sowie Lärm soweit wie möglich zu reduzieren. Die Umweltzone hat sich für eine deutliche Emissionsreduzierung als untauglich erwiesen, zudem gibt es effektivere Möglichkeiten.

Daher fordern wir:

- die Abschaffung der Umweltzone
- vernetzte Ampelschaltung oder Kreisell
- die Untersuchung und Einführung bzw. den Ausbau intelligenter Verkehrslenkungssysteme (vernetzte Ampelschaltungen) im Straßenverkehr mit dem Ziel eines gleichmäßiger fließenden Verkehrs zur Senkung der Abgase („Grüne Welle“). Über eine zentrale Computersteuerung sind Ampeln optimal an die jeweilige Verkehrssituation und das Verkehrsaufkommen anzupassen
- die Ergänzung entsprechender Maßnahmen beispielsweise durch begleitende Informationstafeln und elektronische Anzeigen mit Tempo-Empfehlungen zur Erreichung einer Grünen Welle
- die Erhöhung der Kapazität der Verkehrswege mit diesen Mitteln bei gleich bleibender baulicher Situation
- dass Ampeln den Verkehr regeln und ihn nicht behindern
- die Überprüfung von Ampelstandorten, ob diese nachts ausgeschaltet (bspw. in Warnblinkmodus) werden können, um unnötiges Bremsen, Leerlauf beim Warten und Anfahren zu reduzieren
- Schadstoff- und Lärmemissionen sind so zu verringern
- das Park-and-Ride-Angebot auszubauen, auch für Fahrräder (Bike-and-Ride)
- innerstädtischen Lkw-Verkehr insbesondere in Wohngebieten durch entsprechende Lenkungs-konzepte und Durchfahrverbote

## **Einführung von kostenfreiem Kurzzeitparken in der Stadt Hannover**

Wir fordern das kostenlose Kurz-Zeit-Parken (max. 30 min). Die Automaten können und sind entsprechend umzuprogrammieren.

## **Entwicklung des ÖPNV**

Im Zuge einer veränderten Mobilität bzw. Nutzungsverhalten kommt dem ÖPNV größere Bedeutung zu.

Wir fordern daher:

- Die Qualität des ÖPNV in der Stadt Hannover kontinuierlich zu verbessern. Das ÖPNV Netz ist weiter auszubauen, insbesondere im Bereich der Buslinien, die Takt-Verdichtung ist bedarfsorientiert fortzusetzen
- Das Tarifsystem ist zu überarbeiten. Wir brauchen ein verständliches, bezahlbares und attraktiveres Tarifsystem
- Den kontinuierlichen Ausbau von freiem W-LAN in Bussen und Bahnen, langfristig auch an Haltestellen
- Den Ausbau des Nachtsterneverkehrs innerhalb der Woche

## **11. Umweltschutz: Natürlich für Hannover!**

Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentrales Anliegen einer Politik in christlicher Verantwortung. Ziel der CDU ist es daher, im Rahmen ihrer Umweltpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen in der Stadt zu verbessern und damit zur Zukunftssicherung Hannovers beizutragen. Es gilt, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen sowie Boden, Luft, Wasser, Flora und Fauna vor Gefährdung zu bewahren.

### **Förderung und Ausbau erneuerbarer Energien und energetischer Sparmaßnahmen**

Die Ressourcen für die konventionelle Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdöl oder Erdgas, sind endlich. Vor diesem Hintergrund muss die Energieversorgung den Zielen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit gleichermaßen Rechnung tragen.

Wir unterstützen eine Verringerung des allgemeinen Energiebedarfs. Hierfür sind Verbesserungen der Energieeffizienz und Energieeinsparungen erforderlich. Die energetische Sanierung von Gebäuden ist zu forcieren, bestehende Anlagen an neueste technische Standards anzupassen.

Neubauten im Stadtgebiet sollten grundsätzlich mit einem hohen Maß an Energieeinsparung, mit gesundem Wohnklima und vertretbaren Herstellungskosten errichtet werden. Das Bauen von Häusern mit hoher Energieeffizienz ist mit Programmen für Familien mit Kindern zu fördern.

Die öffentliche Verwaltung hat sowohl bei der Energieeinsparung als auch mit energieneutralen Neubauten als Vorbild zu agieren.

Die Förderung erneuerbarer Energien ist zu intensivieren. Gebäude der Stadt (wie Verwaltungsbauten, Schulen, Freizeitheime) und der städtischen Betriebe sind vorrangig mit Photovoltaik und/oder Geothermieanlagen auszustatten. Die Nutzung von (versiegelten) Freiflächen, insbesondere von Parkplätzen durch Solarkollektoren, beispielsweise auf Überdachungen, ist zu fördern. Hierbei sind auch

alternative Finanzierungsmöglichkeiten, wie durch Investoren, in Betracht zu ziehen. Die dezentrale Energieversorgung ist auszubauen. Die Errichtung moderner Kleinstkraftwerke wie Brennstoffzellen- oder (Mini-) Blockheizkraftwerke zur Strom- und Wärmeproduktion ist zu fördern. Das gilt auch für mit nachwachsenden Brennstoffen wie z.B. Pellets und Hackschnitzel betriebene Heizungsanlagen.

Die gesetzlichen Umweltstandards der Bundesrepublik zählen zu den strengsten der Welt. Das ist gut so. Aber mit Blick auf die städtischen Finanzen und die Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger fordert die CDU seit langem, diese vorbildlichen Standards nicht willkürlich überzuerfüllen, wie es die rot-grüne Mehrheit im Rat der Stadt beschlossen hat.

### **Schutz, Verbesserung und Ausbau städtischer Lebensräume**

Unsere Stadtlandschaft, wie wir sie heute vorfinden, ist Ausdruck jahrhundertelanger menschlicher Einflussnahme. Parks, Grünanlagen und Freiflächen sind Bestandteil dieser Stadtlandschaft und ein wichtiges Freiraumelement im urbanen Bereich. Sie befriedigen eine breite Palette unterschiedlicher Nutzungsansprüche, indem sie aktive und passive Erholung ermöglichen, über die ästhetische Stadtgestaltung Lebensqualität schaffen, Repräsentation darstellen und vielseitige ökologische Funktionen erfüllen (wie Rückzugsraum für die Tierwelt, Beitrag zum Biotop- und Artenschutz).

Die Landeshauptstadt Hannover weist im Stadtgebiet ein vielfältiges Angebot von Grünflächen und Naherholungsgebieten auf – wie die Eilenriede als europaweit größten innenstadtnahen Stadtwald, die Leinemasch, die Herrenhäuser Gärten sowie zahlreiche kleinere Parks und Grünflächen.

Trotz der – einer Großstadt eigenen – schwierigen Rahmenbedingungen wie einem hohen Anteil an Verkehrsflächen oder einer dichten Bebauung hat sich in Hannover zudem auch kleinräumig an vielen Stellen eine schützenswerte Flora und Fauna entwickelt.

Wir fordern:

- städtische Lebensräume für Flora und Fauna sind zu schützen, zu verbessern und auszubauen
- ökologische Nischen in den Stadtvierteln und „grüne Oasen“ in dicht bebauten Vierteln wie Stadtplätze, Innenhöfe und Gärten sind zu fördern
- die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu ökologischen Fragestellungen und möglichen, praktikablen Aufwertungen privater Flächen (Balkone, Gärten, Innenhöfe) ist hierfür zu intensivieren
- der öffentliche Raum ist durch straßenbegleitendes Grün weiter aufzuwerten. Neben optischen Aspekten wirken sich Bäume, Sträucher und Fassadengrün mannigfaltig positiv auf ihr Umfeld aus. So reduzieren sie Verkehrslärm, nehmen Kohlendioxid auf, reinigen die Luft und beeinflussen das Mikroklima positiv, indem sie an heißen Sommertagen beispielsweise die Temperaturen mildern
- ökologisch wertvolle Flächen sind nachrangig für eine Bebauung freizugeben. Aufgelassene Kleingärten und auch noch genutzte Friedhöfe sollen hierbei eine besondere Beachtung als schutzwürdiges Biotop erhalten

- die Versiegelung von Flächen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden
- die ersatzlose Streichung der Baumschutzsatzung

### **Ausgleichsmaßnahmen sind vor Ort vorzunehmen**

Bei Bauvorhaben sind gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Baugesetzbuch (BauGB) negative Folgen für Natur und Landschaft (Beeinträchtigungen) so weit wie möglich zu vermeiden und zu minimieren. Nicht vermeidbare Eingriffe sollen durch Maßnahmen des Naturschutzes ausgeglichen werden. Hierbei werden derartige Ausgleichsmaßnahmen oftmals fernab vom Ort der Beeinträchtigung in anderen Stadtteilen, am Stadtrand oder gar außerhalb Hannovers vorgenommen, während sich die Umwelt- und Lebensqualität im unmittelbaren Umfeld des Eingriffes verschlechtert.

Die CDU fordert daher:

- Ausgleichsmaßnahmen nahe der jeweils zu bebauenden Fläche, möglichst im gleichen Quartier oder Stadtteil, auf jeden Fall aber im hannoverschen Stadtgebiet, zeitnah umzusetzen
- Ausgleichsmaßnahmen so durchzuführen, dass die negativen Auswirkungen vor Ort minimiert werden und insgesamt ein „echter Gewinn“ für die Natur entsteht
- bei der Bebauung ökologisch wertvoller Flächen strengere Kriterien für Ausgleichsmaßnahmen als bisher anzulegen.

## **12. Stadtentwicklung: Hannover – Eine Stadt mit Zukunft!**

In Hannover leben zurzeit ca. 540.000 Menschen. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Einwohner kontinuierlich angewachsen.

Die Bevölkerung einer Stadt nimmt zu, wenn die Stadt eine hohe Anziehungskraft besitzt. Dies kann eine hohe Zentralität im Handel, im Bildungsbereich (für Studium, Ausbildung) oder ein großes Angebot und Spektrum an Erwerbsmöglichkeiten und kulturellen Angeboten sein. Zugleich hat die Stadt ein lebenswertes Wohnumfeld sowie ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum zu bieten.

Es ist ein lebenswertes, attraktives und zukunftsfähiges Wohnumfeld für die bereits in Hannover lebenden Bürgerinnen und Bürger und als Anreiz für Zuzüge zu schaffen. Hierbei gehen Stadtplanung, Verkehrs- und Umweltpolitik Hand in Hand. Für eine nachhaltige, bedarfsorientierte, ökologische, an die demografische Entwicklung angepasste, moderne Kommunalpolitik der CDU in Hannover lassen sich aus dieser Ausgangslage folgende wesentlichen Leitziele ableiten:

## **Schaffung von bedarfsorientiertem, bezahlbarem Wohnraum**

Die Bevölkerungsentwicklung Hannovers ist positiv, dabei komplex und vielfältig. Neben zahlreichen jungen Erwachsenen, die in die Stadt zum Studium und zur Ausbildung ziehen, ist auch ein verstärkter Zuzug von älteren Menschen sowie Familien aus dem Umland festzustellen. Gleichzeitig werden die bereits ansässigen Einwohnerinnen und Einwohner aufgrund der demografischen Entwicklung älter und leben immer öfter allein in einem Haushalt.

Deshalb fordert die CDU:

- die erhöhte Bauintensität ist nachhaltiger zu unterstützen, um ausreichenden, am Bedarf orientierten Wohnraum zu schaffen. Hierbei ist die hohe Nachfrage nach kleineren Wohnungen (Ein- und Zwei-Zimmer-Wohnungen) ebenso zu berücksichtigen, wie der Wunsch nach Mehr-Zimmer-Wohnungen, insbesondere für junge Familien, um diese in der Stadt zu halten
- Aufstockungen und Dachgeschoßausbauten bestehender Gebäude sollen zügig genehmigt werden, da sie Wohnraum innerhalb der verfügbaren öffentlichen Infrastruktur schaffen. Baugenehmigungen müssen grundsätzlich innerhalb von 5-10 Wochen erteilt werden, um Bauherren Sicherheit bezüglich der z.Z. günstigen Finanzierungen zu geben
- für die Errichtung von Neubauten bzw. Ausweisung von Baugebieten sind vorrangig innerstädtische Brachflächen, wie alte Bahngelände und Industriebrachen, zu nutzen. Ökologisch wertvolle Flächen sind zu erhalten und die Zersiedelung der Landschaft zu begrenzen

Die CDU Hannover fordert deshalb:

- die Ausweisung von Bauland, bzw. die Schaffung von Baurechten primär in den innenstadt-nahen Stadtteilen sowie Reihen- und Doppelhäuser in den Stadtteilen am Stadtrand
- keine höheren Energiestandards, als durch den Bundesgesetzgeber vorgeschrieben, um die Baukosten nicht weiter in die Höhe zu treiben
- Reduzierung von Auflagen für Bauherren auf ein unbedingt notwendiges Maß
- privaten Immobilienbesitzern muss die Stadt möglichst weitgehend entgegenkommen, wenn es darum geht, Bestandsgebäude zu Wohnungen umzubauen
- städtische Baugrundstücke müssen, bei entsprechender Größe, an mehrere Bauträger vergeben werden. Wünschenswert ist auch die direkte Vergabe an Private

## **Erhöhung des Wohnanteils in der Innenstadt**

Eine kompakte, gemischte Stadt ist ein Ort urbaner Lebensweise.

Insbesondere an die Innenstädte richten sich hierfür unterschiedliche Ansprüche; es existiert ein enges Mit- und Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen, Handel, Freizeit, Verkehr und Kultur. Die

hannoversche Innenstadt ist derzeit jedoch in weiten Bereichen einseitig auf die Einkaufssituation ausgerichtet. Es existieren nur einzelne Wohninseln, wie das Kreuzkirchen- oder Warmbüchenviertel. Nach Ladenschluss sind weite Bereiche der Innenstadt verödet. Deutschlandweit ist eine Rückbesinnung auf die Innenstädte festzustellen (Reurbanisierung). Auch in Hannover ist eine hohe Nachfrage nach qualitativ hochwertigem Wohnraum und Neubauprojekten in innenstadtnaher Lage vorhanden, der kein entsprechendes Angebot gegenübersteht.

Die CDU Hannover fordert daher:

- das Wohnen in der Innenstadt ist planerisch zu fördern. Geeignete Standorte sind zu identifizieren und Wohnangebote für unterschiedliche Lebensstile und Lebensphasen zu schaffen
- die vorhandene Bebauung ist zu ergänzen und effektiver zu nutzen. Teilgenutzte Immobilien bzw. Flächenkonzentrationen innerhalb einer Immobilie stellen ein großes Potenzial für Wohnen in der Innenstadt dar. (Leerstehende) Etagen in Geschäfts- und Bürogebäuden können umgenutzt, Dachgeschosse ausgebaut und vorhandene Gebäude um weitere Etagen aufgestockt werden (Ausbildung von Dachlandschaften)
- bestehende Immobilien tragen durch ergänzende Nutzungsangebote, wie Wohnen und Arztpraxen, zur Belebung des Standortes – auch außerhalb der Geschäftsöffnungszeiten – bei. Der Bau und Betrieb gemischt- genutzter Immobilien im Block und auf der Parzelle sind daher zu fördern
- Hochhäuser dürfen und müssen kein Tabuthema sein und städtebaulich begründet werden
- Geplante Bauprojekte (z.B. die Wasserstadt) nicht länger aufzuhalten, grundsätzlich jetzt zu bauen, bzw. dass das Bauen zu ermöglichen. Wohnraum, der in der Niedrigzinsphase gebaut wird ist bezahlbarer Wohnraum. Schon eine Verdopplung der Zinsen erhöht die Kostenmiete um rund 50%
- Abrissplänen für die Wohnungen des Ihme-Zentrums erteilt die CDU eine klare Absage

### **Plätze aufwerten statt überbauen**

Stadtplätze spielen im städtischen Gefüge als Kristallisations- und Kommunikationspunkte des öffentlichen Lebens eine herausragende Rolle. Es sind zentrale Orte urbanen Lebens, jeweils eingebunden in eine spezifische städtebauliche Struktur. Dabei ist zwischen Plätzen mit stadtweiter Bedeutung, wie dem Steintor- oder Opernplatz und mit stadtteilbezogener Bedeutung, wie dem Stephans-, Jahn- oder Fiedelerplatz, zu unterscheiden.

Offene Plätze lassen unterschiedliche und flexible Nutzungen zu, sie eröffnen Begegnungs- und Bewegungsräume. Eine Stadt sollte ein Mindestmaß an Repräsentations- und Inszenierungsfähigkeit besitzen. Stadtplätze tragen hier maßgeblich zur Qualifizierung und zum Imagegewinn der Stadt(teile) bei.

In der hannoverschen Innenstadt ist zwar ein großzügiges Netz an öffentlichen Räumen und Plätzen vorhanden, jedoch ist dies erst in Ansätzen attraktiv. Viele Plätze werden monofunktionell als Parkplätze genutzt.

Die CDU Hannover fordert daher:

- die Rolle der Stadtplätze ist im Rahmen qualitätsvoller Gestaltungskonzepte zu würdigen, vernachlässigte Bereiche sind weiter aufzuwerten. Vorhandene Plätze sind unter Einbeziehung der angrenzenden Bebauung durch eine Neu- und Umgestaltung stärker herauszustellen, hierbei ist auf eine vielfältige Nutzbarkeit der Plätze hinzuwirken. Plätze können so als urbaner Raum neu entdeckt und ins Gedächtnis gerufen werden
- eine eventuelle Umgestaltung städtischer Plätze ist, insbesondere in der Innenstadt (Marshall, Klagesmarkt, Köbelinger Markt usw.), behutsam und unter Erhaltung angemessenen Frei- raums vorzunehmen
- die Schaffung zusätzlichen Wohn- und Geschäftsraumes hat mit Augenmaß zu erfolgen, zunächst sind andere Optionen (Umnutzung/Aufstockung bestehender Bauten, Neubauten auf Gewerbe/Industriebrache, s. o.) zu prüfen
- der Austausch der Luft zwischen Bebauung und Freiflächen (Frischluftschneisen) ist sicherzustellen und bei Planungen zu berücksichtigen

### **Geschichte der Stadt in ihrem Stadtbild präsent machen**

Wir fordern die Herausarbeitung einprägsamer und identifikationsgeeigneter Stadtbilder und Raumstrukturen. Wichtige Elemente der Stadtgeschichte, wie historische Raumgefüge und wichtige Bauten aus allen Entwicklungsphasen der Stadt, sind stärker herauszustellen, in Wert zu setzen und als Identifikationsmerkmale zu nutzen. Historische Gebäude und Orte (wie die Wasserkunst am Leineschloss oder das Friederikenschlösschen am Waterloo- platz) sind zu bewahren, sichtbar zu machen und gegebenenfalls zu rekonstruieren.

Wir fordern ein umfassendes Konzept zum Umgang mit der Leine. Als Namensgeber der Stadt (Am Hohen Ufer/„Hanovere“) ist die Leine stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Die CDU begrüßt, dass mit der Uferzone, im Abschnitt zwischen Friederikenplatz und Goethestrasse ein erster Schritt erfolgt ist.

### **Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, aber auch wohnortnaher Kultur- und Freizeitangebote**

Infolge der demografischen Entwicklung steigt der Altersdurchschnitt der Bevölkerung in Hannover kontinuierlich an. Die Mobilität älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist oftmals eingeschränkt, weitere Wege können diese aufgrund körperlicher Einschränkungen und/oder fehlender eigener Pkw oftmals nur schwer zurücklegen.

Zudem ist zu beobachten, dass vor allem bei älteren Menschen das Interesse steigt, (aus dem Umland) wieder in die Stadt zu ziehen. Sie möchten oftmals die in der Stadt vorhandene Infrastruktur (wie z.B. Ärzte und Geschäfte sowie ein vielfältiges kulturelles Angebot) nutzen können, ohne auf das Auto angewiesen zu sein. Wir stehen deshalb für eine stadtgebietsweite Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung.

Genauso zählt jedoch zu einer lebenswerten Stadt auch ein Kultur- und Freizeitangebot in erreichbarer

Nähe, das in gleicher Weise dem demografischen Wandel und den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung trägt und Teilhabe für Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner aller Altersgruppen ermöglicht.

Die CDU fordert die Landeshauptstadt Hannover auf, ihre vorhandenen personellen Ressourcen dazu zu nutzen, den Internetauftritt unserer Stadt zu optimieren. Insbesondere fehlen hier deutliche und übersichtliche Hinweise auf das breite und vielfältige Kulturprogramm unserer Stadt. So werden, um nur ein Beispiel zu nennen, LSBT (Lesben, Schwule, Bi- Trans- Intersexuelle) bei der Orientierung über das Angebot weitgehend allein gelassen. Hier empfehlen wir, von anderen Großstädten (z.B. Frankfurt a. M.) zu lernen.

## **13. Kultur:**

### **Tradition und Moderne verbinden**

Kultur ist das Fundament jeder Gesellschaft. In den verschiedenen Facetten kulturellen Lebens spiegelt sich das intellektuelle Potenzial der Menschen wider und vermittelt Energie für Innovationen zum Wohle zukünftiger Generationen – unabhängig von jeglicher sozialer oder nationaler Zugehörigkeit. Daher erwächst aus einem dynamischen Kulturleben nicht nur eine erhebliche wirtschaftliche Kraft, sondern eine feste Basis für das humanitäre Zusammenleben in einer Bürgergesellschaft.

Die Stärkung und Weiterentwicklung des Kulturlebens in der Landeshauptstadt ist folglich ein wesentlicher Pfeiler unseres politischen Handelns. Die hannoversche CDU steht dabei für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem vielfältigen und auch populären Kulturangebot in der Fläche und einer besonderen Förderung außergewöhnlicher Leistungen.

#### **Kulturformen für eine breite Bevölkerung attraktiver gestalten**

Wir wollen die Vielfalt und Lebendigkeit an repräsentativen wie alternativen Kulturangeboten deutlicher im Bewusstsein der hannoverschen Bevölkerung verankern.

Die Kulturszene insgesamt bedarf dazu einerseits einer zielgerichteten Förderung und Vermarktung; andererseits muss mit Blick auf die finanziellen Rahmenbedingungen noch stärker versucht werden, hier weiteren Spielraum durch private Engagements und Beiträge zu gewinnen. Die enge Begleitung der Neugründungen von Stiftungen und Fördervereinen ist uns ein wichtiges Anliegen. Bestehende kulturelle Freiräume sollen somit erhalten und durch neue Impulse bereichert werden – umso ein Klima der Offenheit in der Landeshauptstadt zu schaffen, die als Heimat traditioneller Elemente zugleich hohe Anreize für eine moderne und internationale Kulturlandschaft bietet. Hier lässt sich ein weiter Bogen von einem Jahrhunderte bestehenden und tief verwurzelten Schützenwesen, über das renommierte Festival Theaterformen bis hin zum Perlen-Filmfest und einem breiten Kulturprogramm im Rahmen des Hannover CSD spannen. Ein solches Umfeld ist zudem zweifellos attraktiv für freie bzw. nicht städtisch geförderte Kulturbereiche. Die kommunale Kulturpolitik muss einen ganz wesentlichen Fokus auf Kinder und Jugendliche sowie Senioren richten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Zielgruppe Zugang zu allen Institutionen und Formaten hat. Ob KinderTheaterHaus, „Freier Freitag“, all die vielfältigen Angebote für Schulen... unser Engagement wird darin liegen, die vorhandenen, außerordentlichen Bemühungen in diesem Bereich weiter zu forcieren und zum Markenkern von Hannovers Kulturlandschaft zu machen. Kinder und Jugendliche müssen die Chance haben, zu Kulturbesuchern und zum Publikum von morgen werden zu können. Diesen Stellenwert werden wir auch gegenüber dem Staatstheater Niedersachsen artikulieren, um eine engere Verzahnung zwischen Stadt und Land, aber auch den einzelnen Akteuren zu erreichen. Neben den in den Leitzielen 2 bis 6 beschriebenen Positionen werden durch uns vor allem Akzente in folgenden Bereichen zu setzen sein:

### **Museums- und Galerielandschaft**

Die hannoverschen Museen sind gut aufgestellt und liefern auf ihrem Gebiet einzigartige Impressionen. Wir begrüßen ausdrücklich die Möglichkeit, dass unsere Geschichte im Museum Schloss Herrenhausen adäquaten Raum findet. Gleichwohl halten wir es für dringend notwendig, einen Museumsentwicklungsplan für die zukünftige Ausrichtung zu diskutieren und zu beschließen. Insbesondere müssen die inhaltlichen Schwerpunkte der einzelnen städtischen Häuser präzisiert und ebenso das Verhältnis und die Finanzierung von Dauer- und Wechselausstellungen beschrieben werden. Einen besonderen Stellenwert hat für uns das Thema der Bereitstellung von Ankaufsetats. Wir werden ferner nach Möglichkeiten suchen, wie die einst bedeutsame Galerieszene neuen Schub bekommen kann.

### **Volkshochschule/Raschplatz-Pavillon**

Wir stehen zu der kulturellen Trias, die mit der Volkshochschule an ihrem jetzigen Standort, dem Historischen Museum sowie dem Ballhof spürbar geworden ist. Die Vitalität im Geiste begrüßen wir sehr und werden Anstrengungen unternehmen, diese neue Attraktivität und Lebendigkeit der Altstadt durch flankierende Maßnahmen auszubauen. Die Suche nach Möglichkeiten, den Raschplatz-Pavillon als Ort unterschiedlichster Kulturprogramme, auch nach Nichtanbindung der Volkshochschule, weiter zu entwickeln, ist zu intensivieren.

### **Freie Theater**

Die Freien Theater haben mit dem gemeinsamen Auftritt unter einer einheitlichen Marke einen wichtigen Schritt in die Zukunft gemacht. Künftig bedarf es allerdings einer Optimierung im Umgang zwischen bestehenden und neu hinzukommenden Theatern; die Richtlinien des Theaterbeirats, zu dem wir uns bekennen, sind entsprechend moderat anzupassen und die finanziellen Mittel zu erhöhen.

### **Bibliotheken**

Unsere Bibliotheken weisen erfreuliche Besucherzahlen auf und sind ein zentrales Bildungsangebot für die Menschen in unserer Stadt. Wir wollen uns bemühen, das bestehende Angebot auch in den Stadt-

teilen aufrechtzuerhalten. Der Einsatz neuer Ausleihtechniken sowie ein Angebot im Bereich neuer Medien sind konsequenter anzustreben.

### **Musikalische Bildung**

Hannover bietet u. a. mit dem Sitz der Hochschule für Musik und Theater sowie einem herausragenden Chorangebot ein breites Spektrum für eine individuelle musikalische Entfaltung. Die durch „City of Music“ dokumentierte Qualität gilt es zu halten und die Vernetzung der Szene auf einem hohen Niveau voranzutreiben. Prägend in der musikalischen Früherziehung, aber auch für Jugendliche und Erwachsene, ist darüber hinaus das Angebot der Musikschule Hannover, das für uns in keiner Weise zur Disposition steht.

### **Kunst im öffentlichen Raum**

Hannover ist seit vielen Jahren eine Hochburg für Kunst im öffentlichen Raum. Diese Vorreiterstellung darf nicht aufgegeben werden; sie erfordert allerdings laufend neue Inszenierungen sowie das Hinterfragen bisheriger Vorgehensweisen.

Die Skulpturenmeile, als markantestes Projekt, ist für uns von unverändert hohem Wert.

Unser Augenmerk ist darauf zu richten, wie wir allen Bevölkerungsschichten einen Zugang zu dem gesamten Angebot in der Landeshauptstadt ermöglichen. Wir sollten den Mut haben, auch größere Projekte unter Beteiligung der Bevölkerung an unterschiedlichsten Orten lebendig werden zu lassen – und uns, anders als im Fall der gescheiterten Kunstbrücke am Raschplatz, auch das Engagement von Künstlerinnen und Künstlern stärker zu Nutze machen.

### **Kulturgeschichte stärker fördern und vermarkten**

Die kulturelle Vergangenheit unserer Landeshauptstadt weist bedeutsame Bezüge zur Gegenwart auf, weil sie in vielerlei Hinsicht unvergessliche Momente hervorgebracht hat. Auf einige wesentlichen Punkte sei auszugsweise hingewiesen:

- in Hannover befindet sich der größte barocke Festsaal nördlich der Alpen
- das Grab von Goethes „Lotte“ befindet sich in Hannover
- die Schallplatte wurde in Hannover erfunden und erstmals produziert
- der Kuppelsaal wurde als historische Musikhalle mit einem internationalen Preis ausgezeichnet
- Hannovers König Georg V. ist neben Friedrich dem Großen Deutschlands einziger komponierender Monarch
- für den großen Humoristen Wilhelm Busch war Hannover ein wichtiger Ort seines Schaffens

Bedauerlicherweise weist nicht nur die nationale und internationale Bekanntheit unserer besonderen Kulturgeschichte Defizite auf; es mangelt augenscheinlich schon an einer Kenntnis und Einordnung etlicher Sachverhalte in der Stadt selbst. Diesen für eine Landeshauptstadt unwürdigen Zustand gilt es signifikant zu verändern.

Das Gesamtensemble Herrenhausen mit all den einzigartigen Veranstaltungen, insbesondere den KunstFestSpielen, muss als glanzvoller Ort weit über Hannover strahlen und Magnet im internationalen Tourismus werden. Aber auch weit weniger pompösen Bauten der hannoverschen Vergangenheit gilt unser Blick, wie z.B. dem Beguinenturm, dessen Teil-Restauration und Zugänglichmachung positiv zu sehen ist.

Darüber hinaus halten wir es für geboten, die historischen Friedhöfe, die unsere kulturelle Vergangenheit in nicht geringem Umfang dokumentieren, ihrer Bedeutung entsprechend zu behandeln und z.B. durch Einbindung in die Friedhofssatzung aufzuwerten.

Dieses gilt insbesondere für den Gartenfriedhof, auf dem sich die Ruhestätte berühmter Hannoveraner befindet, z.B. von Goethes „Lotte“. Hannover wird seiner Vergangenheit nur gerecht, wenn der Friedhof nicht zur Schmutzdecke verkommt.

### **Chancen für nationale und internationale Aufmerksamkeit nutzen**

Menschen in aller Welt verbinden mit ihrer eigenen Geschichte und Identität „unser Hannover“, das durch das Welfenhaus („The Hanovarians“) international bekannt und verbreitet ist. Dieses historische Netzwerk, das aus der niedersächsisch-hannoverschen Geschichte über Jahrhunderte erwachsen ist, bietet heute die einmalige Chance einer intensiveren internationalen Vermarktung der Landeshauptstadt Hannover:

Hannover als Wurzel des britischen Königshauses, als Kern der Personalunion, muss stärker zu dieser Geschichte stehen und sich zugleich mit einem solchen Alleinstellungsmerkmal als touristischer Anziehungspunkt etablieren.

Die Landesausstellung 2014 „Als die Royals aus Hannover kamen“ hat dieses eindrucksvoll belegt.

Ein wichtiger Baustein in diesem Kontext ist wiederum das Schloss Herrenhausen nicht nur, weil es diesem Anspruch in hohem Maße gerecht wird, sondern auch aufgrund seiner Zukunft als Kern geistiger Höchstleistungen: hochkarätige Tagungen im Bereich von Wissenschaft und Forschung werden an der Stelle, wo bereits der Universalgelehrte Leibniz seine Spuren hinterlassen hat, stattfinden und noch mehr internationales Flair in die Stadt tragen. Dies ist essenziell, um die Universitätsstadt Hannover in ihrer Reputation noch weiter nach vorne zu bringen; Aktivitäten, wie sie unter dem Label „Wissenschaftsstadt“ bisher in eher geringem Umfang stattfinden, müssen intensiviert werden.

### **Stadtteilkulturarbeit weiter ausbauen**

Stadtteilkultur schafft Gemeinschaft und setzt neue Impulse. Träger sind häufig ehrenamtlich Tätige in Vereinen, Verbänden und Gruppen. Zu diesen gehören beispielsweise über lange Zeit gewachsene,

traditionelle Musik und Heimatvereine genauso wie Initiativen, die sich über die Themen Kunst und Kultur für soziale Verbesserungen engagieren.

Unser Anliegen ist es, die bestehenden Kulturtreffs sowie das Angebot in den Freizeitheimen und Stadtteilzentren zu stützen. Zugleich sollte die vorhandene Stadtkulturarbeit noch konzentrierter als bisher die lokalen Besonderheiten aufgreifen und präsentieren.

In Linden verdient das dort ansässige Kulturzentrum Faust unser besonderes Augenmerk und die Chance, Programm und Bekanntheitsgrad auszuweiten – so dass ganz im Sinne des eigenen Leitbilds Faust weiterhin als der etablierte und „zentrale Ort in Linden“ wahrgenommen wird, an dem sich Menschen verschiedener Generationen und Kulturen begegnen.

Wir setzen uns daneben für die Schaffung von Kulturforen sowie für die gleichberechtigte Förderung des ehrenamtlichen Kulturschaffens in den Stadtteilen ein. Unsere Stadtteile dürfen bei allem Engagement für zentrale Spitzenprojekte nicht aus dem Blick verloren gehen.

### **Kulturelle Vielfalt als belebendes Element**

Niemand, der auf dem Fundament unserer Verfassung in Hannover lebt, muss die Kultur seines Herkunftslandes verleugnen. Sowohl die deutsche wie auch die hannoversche Geschichte sind geprägt von Innovationen, Veränderungen und Bereicherungen aus anderen Kulturkreisen dieser Welt. Respektvoller Umgang und Achtung fremder Kulturen setzen die Verbundenheit zur eigenen Herkunft und das Wissen darum voraus. Religiöse und kulturelle Toleranz sind gerade für eine christliche Partei ein „Markenzeichen“.

Das dafür nötige Fundament bieten die Werte der europäischen Aufklärung.

Wir setzen uns für die Förderung interkultureller Angebote ein. Dabei werden wir Wege aufzeigen, wie eine erhöhte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an unserem Kulturleben möglich ist und – umgekehrt – wie wir das Angebot anderer Kulturen in unser eigenes Leben einbeziehen können. Unser Ziel ist es, die gegenseitige Neugierde an der jeweiligen anderen Kultur zu wecken.

### **Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht scheuen**

Die Erinnerungskultur ist für uns ein unverzichtbares Element der kommunalen Kulturpolitik. Die Schrecken der Vergangenheit müssen transparent bleiben oder werden. Wir nehmen keine Hierarchisierung menschlichen Leids vor, sondern sind bestrebt, für jedes Schicksal eine angemessene Form der Darstellung und Erinnerung zu suchen.

Explizit behalten wir aber das Verlegen von Stolpersteine, wahrgenommen als kleine Grabsteine im öffentlichen Raum, denjenigen Opfern der NS-Zeit vor, die seinerzeit ein „einzigartiges“ Schicksal, den Tod, erlitten haben. Wir stehen zugleich für eine intensive Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der Geschichte. Dies gilt insbesondere im Kontext von Straßen, deren Namensgeber heute politisch kontrovers diskutiert werden. Sie fordern uns deshalb besonders heraus, weil sie zugleich Zeugen ihrer Zeit sind. Daher lehnen wir die ständige Änderung von Straßennamen ab und

ziehen sachgerechte Erklärungen und Hinweise im historischen Kontext einer scheinbaren Negierung der Geschichte vor.

## **14. Haushalt und Finanzen:**

### **Solide Finanzpolitik sichert Hannovers Zukunft!**

Die CDU Hannover steht für eine kompetente und den Verhältnissen angemessene Finanzpolitik. Solide Finanzen sind die Grundlage einer nachhaltigen und gerechten Kommunalpolitik.

Die finanzielle Schieflage der Stadt besteht nicht erst seit der Finanzkrise. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben das Ziel, den städtischen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen, trotz vieler unsozialer Maßnahmen nicht erreicht. Rot-Grün hat es versäumt, in Jahren mit hohen Steuereinnahmen den Haushalt zu konsolidieren und Substanz für schlechte Zeiten zu schaffen. Trotz neun Haushaltssicherungskonzepten - mit dem Griff in die Tasche des Bürgers - haben SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN es bis heute nicht geschafft, bestehende Defizite tiefgreifend abzubauen.

Notwendige Maßnahmen im Bereich der Gebäudesanierungen konnten nicht vorgenommen werden. Das Investitionsmemorandum, welches Investitionen in Höhe von 500 Millionen gestreckt auf 10 Jahre zusätzlich vorsieht, ist eine überfällige Maßnahme, die die rot-grünen Sünden auf Kosten der nächsten Generationen heilen soll.

Die CDU will durch eine neue, gerechte Finanzpolitik die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Landeshauptstadt Hannover wieder herstellen. Im Sinne von mehr Generationengerechtigkeit sind heute Gestaltungsspielräume für nachfolgende Generationen zu schaffen.

Daher fordert die CDU:

- der Haushalt muss den Ansprüchen aller Generationen gerecht werden und zugleich dafür sorgen, dass keine übermäßigen Kosten auf kommende Generationen verlagert werden
- steigende Einnahmen dürfen nicht zu einer Ausweitung des Etats führen und sind neben Schuldenabbau als Investitionen in den Ausbau von Bildungseinrichtungen und Kindertagesstätten zu verwenden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern
- neue Aufgaben sind durch Umschichtung von Mitteln statt durch neue Schulden zu finanzieren. Zugleich sind die laufenden Ausgaben stets mit Sorgfalt und Augenmaß auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und einer Produktkritik zu unterziehen. Dies ist die Stadt ihren Steuerzahlern schuldig
- die Budgets für die Bezirksräte haben sich bewährt. So bietet es sich an, ihnen auch für andere städtische Einrichtungen, z.B. Stadtteilbüchereien etc., die Mittel zu übertragen. So sollen die Bezirksräte echte Gestaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können
- Die Straßenausbaubeitragssatzung muss abgeschafft werden. Die Grunderneuerung von

Straßen ist Aufgabe der Stadt und darf nicht zulasten der Bürgerinnen und Bürger gehen. Die erhobenen Gebühren sind für die Betroffenen teilweise existenzgefährdend

## **15. Sport: Hannover bewegen!**

Sport ist für viele Bürgerinnen und Bürger ein wichtiger Teil ihrer Freizeitgestaltung. Sport ist gut für Fitness und Gesundheit und wird oft in Vereinen betrieben. Gleichzeitig können dort neue soziale Kontakte geknüpft werden.

Deshalb setzt die CDU sich für den Erhalt der Vielfalt der Sportvereine in Hannover ein.

Die CDU unterstützt sportliche Aktivitäten der Hannoveranerinnen und Hannoveraner auf allen Ebenen, also im Breiten-, Leistungs-, Spitzen- und Vereinssport.

Der Spitzensport in Hannover hat einerseits eine Vorbildfunktion für junge Menschen und führt andererseits zu einem positiven Image unserer Stadt. Darüber hinaus sind die jungen Spitzensportlerinnen und Spitzensportler, die Hannover vertreten, gute Repräsentanten unserer Landeshauptstadt.

Der Breitensport mit seinen unterschiedlichsten Sportarten bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, unabhängig von Alter und Neigung, Sport zu treiben. Das gilt sowohl für den organisierten, vereinsgebundenen Sport als auch für den nicht organisierten Sport. Insbesondere Sportvereine geben durch Ihre ehrenamtliche Arbeit den Menschen in unserer Stadt die Möglichkeit Sport zu treiben, sich zu treffen und Freizeit gemeinsam zu gestalten.

Die CDU setzt sich – nach wie vor - dafür ein, dass diese ehrenamtliche Arbeit der Sportvereine in finanzieller und sozialpolitischer Hinsicht unterstützt wird.

Ein wichtiges Bindeglied zwischen Sporttreibenden und Vereinen sind dabei auch die Übungsleiter. Die Übungsleiter sorgen in den Vereinen unter anderem dafür, dass die Kinder in den Vereinen nachmittags betreut und sportlich angeleitet werden.

Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass sich die Stadt stärker an den Kosten für die Übungsleiter beteiligt, sodass mehr Übungsleiter beschäftigt werden können. Außerdem fordern wir, dass Gelder für neue Sportgeräte bereitgestellt werden, um veraltete und beschädigte Geräte zu ersetzen.

Um Sport im Verein zu betreiben, werden zweckmäßig ausgestattete Sport- und Schwimmhallen benötigt. Da viele Schulen zu Ganztagschulen ausgebaut wurden und somit ihre Hallen stärker nutzen, stehen sie dadurch den Vereinen weniger zur Verfügung.

Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dass die Belegung der Hallenzeiten zwischen Schulen und Vereinen abgestimmt und optimiert wird. In diesem Zusammenhang setzt sich die CDU auch dafür ein, ein einfaches Bedienportal auf der Webseite der Landeshauptstadt Hannover einzurichten, in dem man die Raumbellegung selbständig einsehen und reservieren kann.

Wenn dies nicht ausreichen sollte, um den Bedarf der Vereine und des nicht organisierten Sports zu decken, müssen Sporträume neu geschaffen werden. Beim nicht organisierten Sport gilt dies auch durch Schaffung weiterer Räume für die Ausübung der jeweiligen Sportarten wie Laufen, Inlineskaten, BMX, etc.

Zu den Vereinssporthallen und Vereinssportanlagen fordern wir von der Stadt finanzielle Unterstützung für die energetische Sanierung, damit die Vereine durch deutlich geringere Betriebskosten entlastet werden.

Die CDU wird - nach wie vor als einzige politische Kraft in Hannover - weiter aufklären, wo die Steuergelder von ca. 12 Millionen € verblieben sind, die für die fehlerhafte Sanierung des Misburger Bads aufgewandt wurden und warum der verantwortliche Oberbürgermeister Weil nichts zur Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Steuergelder veranlasst hatte.

Die, für die Privatisierung des Misburger Bads politisch verantwortlichen, Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen zeigen leider keine Ansätze zur Aufklärung.

Ferner wird die CDU weiter die tatsächlich bisher völlig unfundierte Finanzierung zur Umsetzung des Bäderkonzepts, also der Sanierung der maroden städtischen Bäder, kritisch beobachten und weiter eigene Lösungsansätze, die den Steuerzahler entlasten (z.B. Übertragung der Bäder auf die Stadtwerke Hannover) anbieten.

## **16. Bürgernahe Verwaltung: Guter Service!**

Verwaltung ist Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger. Genau dadurch zeichnet sich eine bürgernahe Stadtverwaltung aus. Dabei verfolgt die CDU das Ziel, dass öffentliche Aufgaben effizient, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert sowie mit hoher Qualität erfüllt werden.

Die CDU fordert Öffnungszeiten, die mit den Arbeitszeiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vereinbar sind.

Die CDU fordert weiter eine Organisation und Ausstattung der Stadtverwaltung, die die schnellere Bearbeitung der Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht.

Die CDU fordert den weiteren Ausbau elektronischer Serviceangebote und Bürgerdienste (E-Government) und auch der Möglichkeiten am privaten PC und mobilen Geräten Informationen abzurufen, Formulare auch abschließend zu bearbeiten und zu versenden.

Da sich auch immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund bei Behördengängen mit ihren Fragen und Problemen an die Stadtverwaltung wenden, ist es der CDU ein besonderes Anliegen, mehr Migranten in der Stadtverwaltung zu beschäftigen.

## **17. Bezirksräte: Starke Politik vor Ort!**

Die über 30 Jahre bestehenden Stadtbezirksräte haben sich bewährt. Hier findet echte Politik vor Ort statt. Die CDU fordert, die Kompetenzen der Bezirksräte nicht nur zu erhalten, sondern zielgerichtet zu erweitern. Die Stadtbezirksräte müssen mehr Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen können, da sie mit den Verhältnissen vor Ort am besten vertraut sind.

Das Ziel der CDU ist es, bei den jährlichen städtischen Haushaltsplanberatungen mehr Transparenz für örtliche Maßnahmen zu schaffen und den Stadtbezirksräten die Verantwortung für ein eigenes erweitertes Budget zu geben.



**CDU**

HANNOVER

*Gemeinsam.Stadt.Gestalten.*